

Stadtrat Nidau

PROTOKOLL

2. Sitzung des Stadtrates

25.03.2021, 19.00 – 22.40 Uhr

Sporthalle Burgerbeunden, Bürgerallee 17a, 2560 Nidau

	Anwesend	Abwesend (entschuldigt)
Präsident	Baumann Markus, SVP	
1. Vizepräsidentin	Kallen Noemi, SP	
2. Vizepräsidentin	Pauli Pauline, PRR	
Stimmzählerin:	Bongard Bettina, SP	
Stimmzähler:	Spycher Thomas, FDP	
Mitglieder:	Blösch-Althaus Paul, EVP	
	Dancet René, FDP	
	Deschwanden Inhelder Brigitte, SP	
	Döhrbeck Michael, Grüne	
	Egger Tobias, SP	
	Evard Amélie, FDP	
	Fischer Martin, FDP	
	Gabathuler Leander, SVP	
	Grob Oliver, SVP	
	Jenni Hanna, PRR	
	Kast Esther, Grüne	
	Kallen Nils, SP	
	Kessi Damian, SP	
	Kessi Valérie, SP	
	Lucchini-Gutiérrez Olea Maria del Carmen, Grüne	
	Lützelschwab Rickenbacher Kathleen, SP	
	Meier Christoph, Grüne	
	Münger Tamara, BDP	
	Oehme Marlene, EVP	
	Rubin Michael, Grüne	
	Rutishauser Roland, SVP	
	Sauter Viktor, SVP	
	Schneiter Marti Susanne, FDP	
	Stucki-Steiner Carine, Grüne	
	Wingeyer Ursula, SVP	

Der Stadtrat ist beschlussfähig.

Gemeinderat:	Hess Sandra Eyer Marc Friedli Sandra Fuhrer Martin Lutz Roland Messerli Philippe Schwab Kurt
Sekretär	Ochsenbein Stephan
Protokollführerin	Jennings Manuela
Planton	Leyvraz Frederik
Verwaltung	Rhiner Dominik Schmid Stefan Spreyermann Christine Steuri Anna Weber Patrick Zesiger Martin

5 **Traktanden**

1. Protokoll Nr. 3 vom 19. November 2020 – Genehmigung
2. Jahresbericht der Aufsichtskommission 2020 – Kenntnisnahme
3. Einbürgerungskommission – Ersatzwahl
4. Sozialkommission – Ersatzwahl
5. Referendum Sanierung Hauptstrasse 78 – Abstimmungsbotschaft
6. Referendum Reglement über die Mehrwertabgabe – Abstimmungsbotschaft
7. Verkehrsberuhigung Quartiere Nidau West, Beunden/Grasgarten und Aalmatten – Investitionskredit
8. Spielplatz an der Zihl – Investitionskredit
9. Sanierung Pumpwerk Guglerstrasse – Investitionskredit
10. Kultur Kreuz Nidau – Subventionserhöhung
11. Aktionsplan Sanierung Schulliegenschaften – Berichterstattung
12. Umsetzung Öffentlichkeitsprinzip – Berichterstattung
13. M 197 Zweckhafte Zwischennutzungen in Nidau
14. M 198 Überparteiliche Motion Flüchtlingslager Moria: Nidau muss handeln!
15. I 132 Auswahlkriterien für Begleitgruppen und Delegationen
16. I 133 Tag des Lichts und Folgekontrollen
17. I 134 Verkehrssituation Hauptstrasse bei Veranstaltungen
18. I 135 Einbürgerungskriterien und Handlungsspielraum für Gemeinden

Verhandlungen

10

Stadtratspräsident, Markus Baumann: Guten Abend liebe Kolleginnen und Kollegen des Stadtrats, sehr geehrte Stadtpräsidentin, geschätzte Mitglieder des Gemeinderats, werte Mitarbeitende der Verwaltung, geschätzte Medienvertretende, liebe Zuschauerinnen und Zuschauer hier vor Ort und auch daheim. Ich begrüsse Sie herzlich zur zweiten Stadtratssitzung im laufenden Jahr. Vor einer Woche haben wir hier die Sondersitzung zum Projekt AGGLOlac abgehandelt und heute findet die ordentliche Stadtratssitzung statt. Anfangs Jahr stehen jeweils die Ehrungen für besondere Leistungen auf dem Programm. Aufgrund der aktuellen Situation wurde entschieden, diese Ehrungen frühestens auf die Juni-Sitzung zu verschieben. Wir hoffen, wir können das so bald wie möglich nachholen und in einem gebürtigen Rahmen durchführen. Corona ist, wie

15

20

25

letzte Woche, immer noch aktuell und es gelten die gleichen Regeln, wie letzte Woche. Ich verzichte darauf, diese zu wiederholen, ich glaube, sie sind allen noch präsent. Anwesend sind heute 30 Stadträtinnen und Stadträte, der Rat ist gemäss Artikel 20 der Stadtordnung, beschlussfähig. Das absolute Mehr beträgt 16 Stimmen, die 2/3 Mehrheit 20 Stimmen. Wünscht jemand aus der Ratsmitte die Diskussion von aktuellen Fragen? Dies ist nicht der Fall. Dann kommen wir zur Traktandenliste, sie ist fristgerecht mit Datum vom 3. März 2021 verschickt worden. Gibt es Änderungsanträge? Auch nicht. Fraktionserklärungen liegen mir bis jetzt keine vor.

1. Protokoll Nr. 3 vom 19. November 2020 – Genehmigung

Ressort Sitzung	Präsidiales 25. März 2021
--------------------	------------------------------

30

Stadtratspräsident, Markus Baumann: Wir gelangen zum ersten Traktandum, die Genehmigung des Protokolls Nr. 3, vom 19. November 2020. Es liegt ein Änderungsantrag vor. Auf Seite 32, Zeile 1365: Dort steht: «Zusätzlich beantragt der Gemeinderat oder plant er mit einem 10 Prozent Pensum». Der Antrag lautet: «Zusätzlich beantragt der Gemeinderat oder plant er mit einem 30 Prozent Pensum». Diese Passage wurde nachgehört und die Berichtigung kann bestätigt werden. Wenn sich niemand gegen diese Berichtigung ausspricht, wird gleichzeitig zur Genehmigung des Protokolls auch diese Änderung genehmigt. Gibt es aus der Ratsmitte ein Votum gegen diese Änderung? Das scheint nicht der Fall zu sein, somit kommen wir zur Abstimmung.

35

Stadtratsbeschluss

40

Der Stadtrat von Nidau beschliesst einstimmig:

1. Das Protokoll Nr. 3 vom 19. November 2020 wird mit folgender Anpassung genehmigt:
Seite 32, Zeile 1365: (...) einem ~~10~~ 30 Prozent Pensum (...)

2. Jahresbericht der Aufsichtskommission 2020 – Kenntnisnahme

Ressort Sitzung	Präsidiales 25. März 2021
--------------------	------------------------------

45

nid 0.1.8.3 / 2

Stadtratspräsident, Markus Baumann: Wir gelangen zum zweiten Traktandum, Jahresbericht der Aufsichtskommission 2020, dies zur Kenntnisnahme für den Stadtrat. Die Aufsichtskommission fungiert als Aufsichtsstelle für den Datenschutz der Stadt Nidau. Wünscht der Präsident der
50 Aufsichtskommission, Paul Blösch, das Wort zum Jahresbericht. Das ist nicht gewünscht. Gibt es Wortmeldungen oder Fragen aus der Ratsmitte? Bitte, Thomas Spycher.

Thomas Spycher, FDP: Herr Präsident, werde Anwesende, die Bürgerliche Fraktion hat diesen Bericht zur Kenntnis genommen. Die einzige Bemerkung, oder eine Frage, ist dass wir doch sehr
55 erstaunt sind, dass es in der Stadt Nidau nicht institutionalisiert ist, dass man Schulungen macht zu Phishing, Cyberkriminalität und dergleichen. In der heutigen Zeit ist dieses Thema sehr aktuell. Gerade auf einer Verwaltung, wo es sehr viele sensible Daten gibt. Man könnte sich vorstellen, dass man Ausbildungen und Tests macht. Ein Praxisbeispiel aus der Privatwirtschaft ist, dass von der IT Abteilung bewusst Phishings mit einem Link verschickt werden, und dann geschaut
60 wird, wer darauf reagiert. So sieht man, wie die Sensibilität ist. Als Beispiel, das kürzlich bei meinem Arbeitgeber so passierte, dass ein Mail verschickt wurde, worin stand, dass der Arbeitgeber sich mit Netflix geeinigt hätte, und jeder Mitarbeitende ein Jahr lang gratis Netflix schauen könne. Dann hat man geschaut, wie viele Leute daraufgeklickt haben. Es waren sagenhafte 80 Prozent, in einem Phishing Mail, bei dem dieses Mal nichts passierte, da es ein Fang-Mail war, aber so
65 schnell könnte es gehen. Es ist sehr raffiniert und es wäre wünschenswert, dass die Mitarbeitenden der Verwaltung besser sensibilisiert sind.

Stadtratspräsident, Markus Baumann: Danke Thomas Spycher, gibt es weitere Wortmeldungen oder Fragen? Dies ist nicht der Fall. Da es nur zur Kenntnisnahme ist, gibt es hier auch keine
70 Abstimmung.

Stadtratsbeschluss

1. Der Stadtrat von Nidau nimmt gestützt auf Artikel 10 Absatz 3 des Reglements der Aufsichtskommission den Jahresbericht 2020 der Aufsichtskommission zur Kenntnis.
75

3. Einbürgerungskommission – Ersatzwahl

Ressort	Präsidiales
Sitzung	25. März 2021

nid 0.1.8.4 / 1

Stadtratspräsident, Markus Baumann: Wir kommen zum dritten Traktandum, Einbürgerungskommission Ersatzwahl. Durch den Rücktritt von Esther Kast aus der Einbürgerungskommission
80 per Ende März 2021, wird ein Sitz in der Einbürgerungskommission frei. Gibt es Vorschläge aus der Ratsmitte? Bitte, Paul Blösch.

Fraktion Grüne/EVP, Paul Blösch: Guten Abend. Die Fraktion Grüne/EVP schlägt Ihnen Nathalie Stöckli vor. Sie ist die Frau von unserem Fraktionspräsidenten und Mitglied der Grünen. Vielen
85 Dank für die Unterstützung.

Stadtratspräsident, Markus Baumann: Danke Paul Blösch. Gibt es weitere Vorschläge? Dann kommen wir zur Abstimmung.

Stadtratsbeschluss

90 Der Stadtrat von Nidau beschliesst mit 29 Ja / 1 Enthaltung, gestützt auf Artikel 52 Absatz 3 Buchstabe b der Stadtordnung bzw. Artikel 16 der Geschäftsordnung des Stadtrats:

1. Als Mitglied der Einbürgerungskommission wird gewählt: Nathalie Stöckli
2. Die Amtsdauer läuft vom 01. April 2021 bis 31. Dezember 2021.

95

4. Sozialkommission – Ersatzwahl

Ressort
Sitzung

Präsidiales
25.03.2021

nid 0.1.6.0 / 2

100 **Stadtratspräsident, Markus Baumann:** Wir machen weiter mit den Wahlen und zwar geht es dieses Mal um die Sozialkommission. Durch den Rücktritt von Soumaya Romdhani aus dem Stadtrat per Ende Februar 2021 und der Sozialkommission per Ende April 2021, wird ein Sitz in der Sozialkommission frei. Hier eine Ergänzung zum Beschlusspunkt 2, die Amtsdauer startet nicht am 25. März 2021, sondern am 1. Mai 2021. Gibt es Vorschläge aus der Ratsmitte? Bitte Michael Rubin.

105 **Fraktion Grüne/EVP, Michael Rubin:** Guten Abend geschätzte Anwesende und liebe Zuschauerinnen und Zuschauer zu Hause. Die Fraktion Grüne/EVP schlägt Ihnen Carine Stucki-Steiner zur Wahl vor. Danke für die Unterstützung.

110 **Stadtratspräsident, Markus Baumann:** Besten Dank Michael Rubin. Gibt es weitere Vorschläge? Das ist auch hier nicht der Fall. Wir gelangen zur Abstimmung.

Stadtratsbeschluss

115 Der Stadtrat von Nidau beschliesst mit 29 Ja / 1 Enthaltung, gestützt auf Artikel 52 Absatz 3 Buchstabe b der Stadtordnung bzw. Artikel 16 der Geschäftsordnung des Stadtrats:

1. Als Mitglied der Sozialkommission wird gewählt: Carine Stucki-Steiner
2. Die Amtsdauer läuft vom 01. Mai 2021 bis 31. Dezember 2021.

5. Referendum Sanierung Hauptstrasse 78 – Abstimmungsbotschaft

Ressort
Sitzung

Präsidiales
25. März 2021

nid 0.1.5.1 / 1

120

125 **Stadtratspräsident, Markus Baumann:** Wir gelangen zum ersten Referendum von heute Abend. Es geht um die Abstimmungsbotschaft an die Bevölkerung. Da gegen den Entscheid des Stadtrats vom 17. September 2020 erfolgreich das Referendum ergriffen wurde, kommt es jetzt vor das Volk. Der Stadtrat genehmigt die Botschaft an die Stimmberechtigten betreffend Sanierung Hauptstrasse 78. Der Stadtrat kann Argumente hinzufügen, sofern sie vor der Beratung im September bereits erwähnt wurden. Neue Argumente dürfen nicht in die Botschaft aufgenommen werden. Die Eintretensfrage wird hier nicht gestellt, da das Geschäft behandelt werden muss. Zum ersten Mal am heutigen Abend, übergebe ich das Wort an unsere Stadtpräsidentin Sandra Hess.

130

Stadtpräsidentin, Sandra Hess: Sehr geehrter Herr Stadtratspräsident, sehr geehrte Stadträtinnen und Stadträte, sehr geehrte Gäste hier im Saal, geehrte Zuschauende zu Hause, liebe Medienschaffende. Die nächsten beiden Geschäfte sind quasi eine Nachlese unserer Sitzungen, die wir im letzten Jahr im September und November hatten. Der Stadtratspräsident hat es schon gesagt, im September haben wir die Sanierung der Liegenschaft Hauptstrasse 78, dem sogenannten «Gugger-Haus» beraten und im November das Reglement über die Mehrwertabschöpfung. Sie haben damals beide Geschäfte angenommen. Gegen beide Geschäfte wurde das Referendum ergriffen, das zu Stande gekommen ist und darum reden wir heute Abend darüber. Bei der Sanierung des Gugger-Hauses geht es um eine Investition von 1,465 Millionen Franken, das Referendum ist mit 318 gültigen Unterschriften zu Stande gekommen und jetzt sollte das Geschäft am 13. Juni 2021 zur Volksabstimmung kommen. Wir unterbreiten Ihnen die Botschaft an die Stimmberechtigten und darin haben wir noch einmal dargelegt, was Ihnen im September im Zusammenhang mit diesem Geschäft gut oder eben weniger gut gefallen hat - also Pro und Contra Argumente, die in der Botschaft enthalten sind. Ziel ist es, dass sich die Stimmberechtigten ein Bild über die Ausgangslage, über Sinn oder Unsinn der Sanierung machen können, damit sie Kenntnis haben von den Argumenten, die dafür oder dagegen gesprochen haben und damit sie sich in der Sache auch dafür oder dagegen entscheiden können. Die Stadtratsmeinung in dem Sinn ist gemacht, die wurde im letzten September gefällt und kann man nicht mehr ändern, aber es obliegt jetzt Ihnen zu prüfen, ob diese Argumente in der Botschaft richtig dargelegt sind, ob es ausgewogen ist und alles richtig ist. Der Gemeinderat beantragt, diese Botschaft anzunehmen und das Geschäft zuhanden der Stimmberechtigten zu verabschieden.

155

Stadtratspräsident, Markus Baumann: Vielen Dank Sandra Hess. Ich bitte den Sprecher der Geschäftsprüfungskommission, Leander Gabathuler ans Mikrofon.

Sprecher GPK, Leander Gabathuler: Geschätzte Kolleginnen und Kollegen, guten Abend miteinander. Die GPK hat das Geschäft geprüft und übergibt es einstimmig dem Stadtrat zur Behandlung. Bemerkungen nebst einigen redaktionellen Überarbeitungen, insbesondere auf Seite 9, die in der Kompetenz des Ratsbüros sind, haben wir einen Änderungsantrag auf Seite 3, zweitunterster Absatz. Dort steht: «Bei Vollvermietung kann mit einem jährlichen Mietzins ertrag von mindestens 45 000 Franken gerechnet werden». Das Wort «mindestens» möchte die GPK streichen.

165

Stadtratspräsident, Markus Baumann: Danke Leander Gabathuler. Wir kommen zur Sprecherin der Fraktion Grüne/EVP, Esther Kast.

Fraktion Grüne/EVP, Esther Kast: Guten Abend hier in der Turnhalle oder uns zugeschaltet. Die Fraktion Grüne/EVP ist einstimmig mit dieser Abstimmungsbotschaft wie sie uns vorliegt, einverstanden.

170

Stadtratspräsident, Markus Baumann: Danke Esther Kast. Wir kommen zum Sprecher der SVP-Fraktion, Roland Rutishauser.

175

SVP-Fraktion, Roland Rutishauser: Herr Stadtratspräsident, Frau Stadtpräsidentin, werte Anwesende. Die SVP begrüsst die rasche Ausarbeitung dieser Abstimmungsvorlage durch den Gemeinderat, damit das Volk am 13. Juni 2021 darüber befinden kann. Die SVP lehnt die Luxussanierung ab. Die Pro und Contra Kernargumente sind in der Abstimmungsbotschaft übersichtlich aufgelistet. Für uns fallen besonders ins Gewicht: Erstens, bei einem Verzicht auf die Sanierung

180 kann die Liegenschaft verkauft werden und ein Privater kann diese dann nach eigenem Geschmack und auf eigenes Risiko sanieren. Die Vermietung von Wohnhäusern ist keine Gemein-
deaufgabe. Zweitens, die Rendite ist äusserst tief und ob die Liegenschaft überhaupt voll vermietet werden kann, ist anzuzweifeln. Selbst wenn dies der Fall wäre, würden von den fast 1,5 Millionen Franken nur wenige profitieren. Mit diesem Geld würde man lieber einen Kindergarten bauen. Drittens, mit der Neugestaltung der Altstadteinfahrt und der damit verbundenen Leistungsanierung und Neuregelung der Erschliessung, hat ein Grundstück für Nidau seine strategische Bedeutung erfüllt. Die SVP stimmt dieser Abstimmungsbotschaft zu.

Stadtratspräsident, Markus Baumann: Danke Roland Rutishauser, die Sprecherin der Sozialdemokratischen Fraktion, Valérie Kessi.

190 **SP-Fraktion, Valérie Kessi:** Guten Abend. Bereits am Abend vom 17. September 2020 stand ich hier und habe mich für dieses Gugger-Haus eingesetzt und das mache ich auch heute. Das Gugger-Haus vom 19. Jahrhundert ist als schützenswertes K-Objekt klassifiziert. Ein klares Zeichen, dass es etwas Wertvolles ist für unsere zukünftigen Generationen. Darum ist es mir ein Anliegen, dass man das Haus so rasch wie möglich in Stand setzt und dass es seiner Aufgabe wieder
195 gerecht werden kann. Wenn dieses Haus im Besitz der Stadt Nidau verbleibt, behält sich Nidau den gesamten Handlungsspielraum offen, um das Gebiet am Eingang des Stedtli Nidau neu gestalten zu können. Es geht bei dieser Abstimmung nicht nur um die Kosten für eine Sanierung des Gugger-Hauses. Grundsätzlich sind wir aber dankbar für die sachliche Bearbeitung der Abstimmungsbotschaft, die SP-Fraktion spricht sich ohne Änderungsanträge für diese Abstimmungsbot-
200 schaft aus.

Stadtratspräsident, Markus Baumann: Danke Valérie Kessi. Die Sprecherin der Bürgerlichen Fraktion, Susanne Schneiter Marti bitte.

205 **Bürgerliche Fraktion, Susanne Schneiter Marti:** Guten Abend Herr Stadtratspräsident, guten Abend Frau Stadtpräsidentin, werte Anwesende, werte Zuschauer auf den Rängen und zu Hause. Die Bürgerliche Fraktion hat einen Antrag für die Ergänzung der Botschaft. Zwar möchten wir gerne, dass es heisst: «Argumente des Referendumskomitees und der Stadtratsminderheit». Zudem möchten wir gerne, dass ein Teil aus dem Protokoll der Stadtratssitzung vom 17. September
210 2020 der Botschaft angefügt wird: «Aus dem vorliegenden Geschäft ist die Strategie des Gemeinderats bezüglich der mittel- und langfristigen Entwicklung des Gebiets, bzw. der Liegenschaft nicht erkennbar.» Mit diesen Änderungen wird die Bürgerliche Fraktion der Abstimmungsbotschaft zustimmen.

215 **Stadtratspräsident, Markus Baumann:** Vielen Dank Susanne Schneiter Marti. Wir haben hier Änderungsanträge und es werden heute Abend nicht die letzten sein. Wir werden zuerst den Antrag von der GPK behandeln, dann jener der Bürgerlichen Fraktion.
Wir kommen zum ersten Änderungsantrag der GPK, da geht es um die Seite 3, dass das Wort «mindestens» gestrichen wird. Bevor wir zur Abstimmung kommen, möchte ich die Diskussion
220 eröffnen. Möchte jemand hierzu Stellung nehmen? Susanne Schneiter Marti, bitte.

Susanne Schneiter Marti, FDP: Ich möchte noch ergänzen, dass es sich hierbei nur um ein korrektes Ausdrücken handelt in der Abstimmungsbotschaft, weil im Protokoll der Stadtratssitzung vom September, resp. im Bericht des Gemeinderats steht auch «ca.» und nicht «mindestens». Es

225 geht nur darum, dass es genau gleichsteht, weil alle anderen Sachen sollen auch genau gleich stehen.

Stadtratspräsident, Markus Baumann: Danke für die Ergänzung. Gibt es weitere Wortmeldungen? Scheint nicht der Fall zu sein. Dann lese ich den Änderungsantrag nochmal vor: «Bei Vollvermietung kann mit einem jährlichen Mietzinsertrag von mindestens 45 000 Franken gerechnet werden. Mindestens soll gestrichen werden.» Bitte, Hanna Jenni.

Hanna Jenni, PRR: Guten Abend. Ich glaube, es geht hier um eine Verständnisfrage. Wenn man «mindestens» löscht, dann heisst es 45 000 als fixer Betrag. Es müsste statt «mindestens»,
235 «ca.» heissen.

Stadtratspräsident, Markus Baumann: Der Antrag der GPK lautet, dass man «mindestens» streicht. Ist das korrekt? Dem ist so. Es erfolgt die Abstimmung mit einer Gegenüberstellung. Auf der einen Seite steht der Antrag der GPK, «mindestens» zu streichen und auf der anderen
240 Seite stimmen wir über den Antrag der Bürgerlichen ab, «mindestens» durch «ca.» zu ersetzen. Der Änderungsantrag «mindestens» mit «ca.» zu ersetzen wird mit 25 Ja gegenüber 5 Ja für die Streichung von «mindestens» angenommen.
Wir kommen zum zweiten Antrag der Bürgerlichen Fraktion. «Die Argumente des Referendumskomitees» ist zu ergänzen mit «Die Argumente des Referendumskomitees und der Stadtratsminder-
245 heit». Weiter ist die Botschaft mit folgendem Ausschnitt aus dem Protokoll der Stadtratssitzung vom 17. September 2020 zu ergänzen: «Aus dem vorliegenden Geschäft ist die Strategie des Gemeinderats bezüglich der mittel- und langfristigen Entwicklung des Gebiets, bzw. der Liegenschaften nicht erkennbar». Ich möchte jetzt gerne die Diskussion über diese Änderungsanträge eröffnen. Gibt es Wortmeldungen? Tobias Egger, bitte.

250 **SP-Fraktion, Tobias Egger:** Werte Anwesende, guten Abend. Ich möchte einen Ordnungsantrag stellen für einen kurzen Sitzungsunterbruch, um diesen Antrag diskutieren zu können.

Stadtratspräsident, Markus Baumann: Wer diesem Ordnungsantrag zustimmen kann, soll sich
255 bitte erheben. Der Antrag wurde angenommen.

[Kurzer Sitzungsunterbruch]

Stadtratspräsident, Markus Baumann: Danke, dass alle wieder Platz genommen haben. Ich
260 übergebe das Wort an Susanne Schneiter Marti.

Bürgerliche Fraktion, Susanne Schneiter Marti: Vielen Dank. Die Bürgerliche Fraktion hat beraten und möchte den Antrag stellen, separat über diese beiden Punkte abzustimmen. Erster Punkt wäre der Antrag zur Ergänzung der Botschaft: «Argumente des Referendumskomitees und der Stadtratsminderheit». Der zweite Punkt wäre der Auszug aus dem Protokoll.
265

Stadtratspräsident, Markus Baumann: Vielen Dank Susanne Schneiter Marti. Gibt es Wortmeldungen gegen zwei Abstimmungen? Dem ist nicht so. Wir stimmen also einzeln über diese beiden Anträge der Bürgerlichen Fraktion ab.
270 Der Änderungsantrag mit der Ergänzung «Argumente des Referendumskomitees und der Stadtratsminderheit» wird mit 29 Ja / 1 Enthaltung angenommen.

Der Änderungsantrag die Botschaft mit dem Auszug aus dem Protokoll zu ergänzen wird mit 14 Ja / 16 Nein abgelehnt.

275 Wir kommen zur Diskussion der Abstimmungsbotschaft. Gibt es Wortmeldungen? Das scheint nicht der Fall zu sein. Möchte die Stadtpräsidentin noch das Schlusswort? Das ist auch nicht der Fall. Wir gelangen zur Abstimmung.

Stadtratsbeschluss

Der Stadtrat von Nidau beschliesst einstimmig, gestützt auf Artikel 53 der Stadtordnung:

280

1. Die Botschaft an die Stimmberechtigten wird mit folgender Änderung resp. Ergänzung genehmigt:

285

- S. 3: Bei Vollvermietung kann mit einem jährlichen Mietzinsbetrag von ~~mindestens~~ ca. 45 000 Franken gerechnet werden (Annahme Änderungsantrag mit 25 Ja gegenüber 5 Ja für die Streichung von «mindestens»)
- S. 8: Argumente des Referendumskomitees und der Stadtratsminderheit (Annahme Änderungsantrag mit 29 Ja / 1 Enthaltung)

6. Referendum Reglement über die Mehrwertabgabe – Abstimmungsbotschaft

Ressort
Sitzung

Präsidiales
25. März 2021

nid 0.1.5.1 / 2

290

Stadtratspräsident, Markus Baumann: Wir gelangen zu Traktandum 6, da geht es um das zweite Referendum und zwar um das Reglement der Mehrwertabgabe. Auch hier geht es um den Entscheid des Stadtrates vom 19. November 2020, wogegen erfolgreich das Referendum ergriffen wurde. Eine kleine Ergänzung vorneweg zum Beschluss. Wir werden nur über Punkt 2 abstimmen. Da die aufgeführten Beschlüsse unter Punkt 1 bereits an der letzten Stadtratssitzung genehmigt wurden und fälschlicherweise in den Unterlagen aufgetaucht sind. Also das Geschäft wird entsprechend analog zum Traktandum 5 behandelt. Auch hier gibt es keine Eintretensfrage. Ich möchte das Wort gerne unserer Stadtpräsidentin Sandra Hess übergeben.

295

300

Stadtpräsidentin, Sandra Hess: Sehr geehrter Stadtratspräsident, sehr geehrte Stadträtinnen und Stadträte. Hier gilt das Gleiche wie beim vorherigen Traktandum, das muss ich eigentlich nicht wiederholen. Auch da ist es geplant, dass es am 13. Juni 2021 in die Volksabstimmung kommt. Hier gibt es eine Änderung im Vergleich zum Geschäft, das wir im November hatten. Und zwar gab es im November den Antrag, dass der Mehrwertabschöpfungssatz von 20 auf 30 Prozent erhöht wird. Dieser Antrag wurde angenommen und ist entsprechend jetzt in dieses Geschäft eingeflossen und darum jetzt auch Teil vom Geschäft, das den Stimmberechtigten vorliegt. Mehr möchte ich dazu nicht sagen, alles andere ist gleich wie beim vorherigen Traktandum. Danke für Ihre Aufmerksamkeit.

305

310

Stadtratspräsident, Markus Baumann: Vielen Dank Sandra Hess. Wir kommen zur Sprecherin der Geschäftsprüfungskommission, Pauline Pauli.

Sprecherin GPK, Pauline Pauli: Guten Abend. Die GPK übergibt das Geschäft einstimmig dem Stadtrat mit folgender Bemerkung: Das Beispiel in der Abstimmungsbotschaft wird begrüsst und

315 die GPK würde es zusätzlich begrüßen, wenn der Film am Anfang der Abstimmungsbotschaft erwähnt würde.

Stadtratspräsident, Markus Baumann: Danke Pauline Pauli. Der Sprecher der SVP-Fraktion, Leander Gabathuler.

320

SVP-Fraktion, Leander Gabathuler: Auch hier dankt die SVP für die rasche Ausarbeitung der Botschaft und stimmt dieser zu. Wir möchten aber eine Passage mit einer Klarstellung präzisieren. Das hat auch damit zu tun, was im Protokoll der Stadtratssitzung stand. Es geht um die 10 Prozent, die eigentlich 30 Prozent wären, wie es sonst überall in der Botschaft auch steht. Der Antrag lautet wie folgt: Auf der Seite 11, beim Contra-Argument im zweiten Teil der Passage sollte stehen: «Im Umfang von total 30 Prozent, davon 10 Prozent intern und 20 Prozent extern.» Und der letzte Satz, bei dem steht «unter Auslagerung gewisser Arbeiten an Externe» kann man streichen.

330 **Stadtratspräsident, Markus Baumann:** Danke Leander Gabathuler, bitte die Sprecherin der Sozialdemokratischen Fraktion, Brigitte Deschwanden Inhelder.

SP-Fraktion, Brigitte Deschwanden Inhelder: Werte Anwesende, guten Abend. Die SP-Fraktion ist einstimmig für die Annahme dieses Geschäfts und dass das Reglement für die Mehrwertabgabe jetzt in die Volksabstimmung geschickt wird. Zur Abstimmungsbotschaft kommen aus der Partei zwei Abänderungsanträge, von denen ich hoffe, dass der Rat ihnen zustimmt. Die Anträge beziehen sich auf die Pro-Argumentationsformulierungen.

340 **Stadtratspräsident, Markus Baumann:** Danke Brigitte Deschwanden Inhelder. Wir kommen zur Sprecherin der Bürgerlichen Fraktion, Tamara Münger.

Bürgerliche Fraktion, Tamara Münger: Guten Abend. Die Bürgerliche Fraktion möchte an dieser Stelle nochmals betonen, dass die Aufwendungen für die Mehrwertbeurteilungen 1 bis 2,5 Millionen Franken Steuergelder betragen. Die Einnahmen von dieser Mehrwertabgabe sind jedoch ungewiss und wenn vorhanden, dann fliessen sie in eine Spezialfinanzierung und nicht in den Steuerhaushalt der Stadt Nidau. Die Bürgerliche Fraktion verabschiedet die Botschaft einstimmig, empfiehlt den Stimmbürgern jedoch, dieses Reglement abzulehnen.

350 **Stadtratspräsident, Markus Baumann:** Danke Tamara Münger. Wir kommen zum Sprecher der Fraktion Grüne/EVP, Michael Rubin.

Fraktion Grüne/EVP, Michael Rubin: Die Fraktion Grüne/EVP war im Stadtrat einstimmig für dieses Reglement zur Mehrwertabschöpfung. An dieser Zustimmung hat sich nichts geändert, darum können wir auch die Abstimmungsbotschaft grundsätzlich verabschieden. Trotzdem haben wir noch einen Änderungsantrag, der in Zusammenarbeit mit der SP-Fraktion entstand. Der betrifft Seite 11, Argumente Pro und Contra. Im ersten Pro-Argument, möchten wir den Satz ersetzen mit: «Zwar fallen bei der Neubewertung der Parzellen Kosten an, hingegen werden die Erträge gemäss der Realisierung künftiger Bauprojekte über längere Zeit eine Einnahmequelle für Nidau darstellen. Die Erträge aus der Mehrwertabgabe können für raumplanerische Massnahmen wie etwa Quartieraufwertungen und Förderung des gemeinnützigen Wohnungsbaus verwendet werden.» Die bestehende Formulierung erscheint uns als verwirrend und klingt nicht wirklich nach

einem Pro-Argument. Die neue Formulierung erscheint und klarer und passender und zeigt, was mit dem Geld passieren soll. Wir bitten Sie, diesem Änderungsantrag zuzustimmen.

365 **Stadtratspräsident, Markus Baumann:** Danke Michael Rubin. Als Information für alle, weil wir werden heute noch einige Änderungsanträge haben. Ich bitte die Fraktionssprecher jeweils die Meinung der Fraktion kund zu tun. Sie können den Antrag ankündigen und ich rufe Sie in der Reihenfolge der Fraktionssprecher auf, um die Änderungsanträge vorzutragen. Wir kommen zum ersten Änderungsantrag der SVP-Fraktion und ich bitte Leander Gabathuler ans Rednerpult.

370

SVP Fraktion, Leander Gabathuler: Seite 11, Contra-Punkt im zweiten Teil des Satzes: «Im Umfang von total 30 Stellenprozent, davon 10 Prozent intern und 20 Prozent extern». Danke für die Unterstützung.

375 **Stadtratspräsident, Markus Baumann:** Danke, wir diskutieren nun über den Änderungsantrag und nicht das Geschäft. Möchte jemand etwas ergänzen? Dem ist nicht so. Wir gelangen zur Abstimmung über den Änderungsantrag.

Folgender Änderungsantrag wird mit 27 Ja / 3 Enthaltungen angenommen:

380 Seite 11 der Abstimmungsbotschaft: (...) Stellenschaffung im Umfang von 30 Stellenprozent, davon 10 Prozent intern und 20 Prozent extern ~~10 Stellenprozent und der Auslagerung gewisser Arbeiten an Externe.~~

Wir kommen zum Änderungsantrag der SP-Fraktion und ich bitte Brigitte Deschwanden Inhelder
385 ans Rednerpult.

Brigitte Deschwanden Inhelder: Danke für das Wort, Herr Stadtratspräsident. Gerne möchte ich einen Antrag stellen auf Seite 11 und 12 der Botschaft, unter dem Titel von Pro und Contra Argumente werden im Text zuerst die Contra Argumente und dann die Pro Argumente aufgeführt.
390 Das erscheint verkehrt. Eigentlich ist es ja so, dass wir mit einem mehrheitlichen Pro-Entscheid des Stadtrats an die Bevölkerung gelangen und nicht mit einer Contra Vorlage. In diesem Sinne sollten die Pro Argumente vor den Contra Argumenten genannt werden. Der Antrag lautet wie folgt: «Das Ratsbüro wird damit beauftragt, die Abstimmungsvorlage so zu redigieren, dass im Kapitel Pro und Contra Argumente die Pro Argumente zuerst und die Contra Argumente nachher
395 aufgeführt werden». Ich bitte Sie, diesem Antrag zuzustimmen.

Stadtratspräsident, Markus Baumann: Danke Brigitte Deschwanden Inhelder. Die Diskussion zu diesem Änderungsantrag ist offen, wünscht jemand das Wort? Das ist nicht der Fall. Wir gelangen zur Abstimmung über den Änderungsantrag.
400

Folgender Änderungsantrag wird mit 28 Ja / 1 Nein / 1 Enthaltung genehmigt:

Seite 11 und 12 der Abstimmungsbotschaft: Das Ratsbüro wird damit beauftragt, die Abstimmungsvorlage so zu redigieren, dass im Kapitel Pro und Contra Argumente, die Pro Argumente zuerst und die Contra Argumente nachher aufgeführt werden.

405

Wir kommen zum nächsten Änderungsantrag, der gemeinsam von der Sozialdemokratischen Fraktion und der Fraktion Grüne/EVP eingereicht wird, vorgetragen von Michael Rubin.

410 **Michael Rubin, Grüne:** Es geht um die Seite 11, Argumente Pro und Contra, das erste Pro Argument. Dort steht im Moment «Tatsächlich können Aufwand und Ertrag für die Gemeinde erst nach der Neubewertung der Parzellen beziffert werden. Die Kosten für die Neubewertung fallen sofort an, die Erträge hingegen über einen längeren Zeitraum». Wir möchten diesen Satz ersetzen mit Folgendem: «Zwar fallen bei der Neubewertung der Parzellen Kosten an, hingegen werden die Erträge gemäss der Realisierung künftiger Bauprojekte über längere Zeit eine Einnahmequelle für Nidau darstellen. Die Erträge aus der Mehrwertabgabe können für raumplanerische Massnahmen wie etwa Quartieraufwertungen und Förderung des gemeinnützigen Wohnungsbaus verwendet werden.» Die Begründung dafür habe ich vorher schon gesagt. Ich bitte Sie, diesem Änderungsantrag zuzustimmen.

420 **Stadtratspräsident, Markus Baumann:** Danke vielmals Michael Rubin. Die Diskussion zu diesem Änderungsantrag ist eröffnet. Bitte Susanne Schneiter Marti.

425 **Susanne Schneiter Marti, FDP:** Ich habe erstens eine grundsätzliche Frage, vorher hiess es, dass nur Argumente vorgebracht werden dürfen in diesem Pro und Contra Argumentarium, im letzten Traktandum von der Hauptstrasse 78, die schon in der Stadtratsdebatte letztes Jahr aufgeführt wurden. Wie sieht das jetzt bei diesem Traktandum aus?

430 **Stadtratspräsident, Markus Baumann:** Das beantworte ich gerne, dass es bei diesem Traktandum genau gleich ist.

Susanne Schneiter Marti, FDP: Dann wäre es sinnvoll, wenn wir sehen könnten, ob das im Protokoll letztes Jahr so drin war, wie es jetzt von Michael Rubin vorgelesen wurde.

435 **Stadtratspräsident, Markus Baumann:** Danke Susanne Schneiter Marti. Bitte, Michael Rubin.

Michael Rubin, Grüne: Der erste Teil dieses Änderungsantrags ist eigentlich nur eine Umformulierung von dem, was schon steht und der zweite Teil wurde vom Fliesstext in der Abstimmungsbotschaft übernommen.

440 **Stadtratspräsident, Markus Baumann:** Danke Michael Rubin. Wurde die Frage von Susanne Schneiter Marti so beantwortet? Gibt es weitere Wortmeldungen? Bitte Oliver Grob.

445 **Oliver Grob, SVP:** Auch von meiner Seite guten Abend. Ich habe einen kleinen Einwand zu diesem Antrag und zwar ist es meines Erachtens falsch, der Bevölkerung zu suggerieren, dass es eine langfristige Einnahmequelle ist, weil man schlicht keine Erfahrungswerte hat.

Stadtratspräsident, Markus Baumann: Danke Oliver Grob. Gibt es weitere Wortmeldungen? Das scheint nicht der Fall zu sein, wir kommen somit zur Abstimmung über diesen Änderungsantrag:

450

Folgender Änderungsantrag wird mit 16 Ja / 13 Nein / 1 Enthaltung genehmigt:
Seite 11 der Abstimmungsbotschaft: ~~Tatsächlich können Aufwand und Ertrag für die Gemeinde erst nach der Neubewertung der Parzellen beziffert werden. Die Kosten für die Neubewertung fallen sofort an, die Erträge hingegen über einen längeren Zeitraum.~~ Zwar fallen bei der Neubewertung der Parzellen Kosten an, hingegen werden die Erträge gemäss der Realisierung künftiger Bauprojekte über längere Zeit eine Einnahmequelle für Nidau darstellen. Die Erträge aus der

455

Mehrwertabgabe können für raumplanerische Massnahmen wie etwa Quartieraufwertungen und Förderung des gemeinnützigen Wohnungsbaus verwendet werden.

460 Die Diskussion zur Abstimmungsbotschaft generell ist jetzt eröffnet. Bitte Susanne Schneiter Marti.

Susanne Schneiter Marti, FDP: Die Bürgerliche Fraktion resp. ich stellen jetzt den Antrag, dass bei den Contra Argumenten, auf Seite 11, «Das Mehrwertabgabereglement verursacht hohe Kosten von 1 bis 2,5 Millionen Franken für die Neubewertung der Parzellen», dass dort angefügt wird «die vollumfänglich zu Lasten der Steuerpflichtigen gehen».

465

Stadtratspräsident, Markus Baumann: Die Diskussion zu diesem Antrag ist eröffnet. Gibt es Wortmeldungen? Das ist nicht der Fall. Wir gelangen zur Abstimmung über diesen Änderungsantrag.

470

Folgender Änderungsantrag wird mit 13 Ja / 15 Nein und 2 Enthaltungen abgelehnt:
Seite 11 der Abstimmungsbotschaft: Das Mehrwertabgabereglement verursacht hohe Kosten von 1 bis 2,5 Millionen Franken für die Neubewertung der Parzellen, die vollumfänglich zu Lasten der Steuerpflichtigen gehen.

475

Die Diskussion ist wieder eröffnet. Wird das Wort weiter gewünscht? Wünscht die Stadtpräsidentin das Schlusswort? Wir gelangen zur Abstimmung.

Stadtratsbeschluss

480 Der Stadtrat von Nidau beschliesst mit 27 Ja / 3 Nein, gestützt auf Artikel 53 der Stadtordnung:

1. Die Botschaft an die Stimmberechtigten wird mit folgenden Änderungen genehmigt.
 - S. 11: (...) Stellenschaffung im Umfang von 30 Stellenprozent, davon 10 Prozent intern und 20 Prozent extern ~~10 Stellenprozent und der Auslagerung gewisser Arbeiten an Externe.~~ (Annahme Änderungsantrag mit 27 Ja / 3 Enthaltungen)
 - S. 11 und 12: Das Ratsbüro wird damit beauftragt, die Abstimmungsvorlage so zu redigieren, dass im Kapitel Pro und Contra Argumente, die Pro Argumente zuerst und die Contra Argumente nachher aufgeführt werden. (Annahme Änderungsantrag mit 28 Ja / 1 Nein / 1 Enthaltung)
 - S. 11: ~~Tatsächlich können Aufwand und Ertrag für die Gemeinde erst nach der Neubewertung der Parzellen beziffert werden. Die Kosten für die Neubewertung fallen sofort an, die Erträge hingegen über einen längeren Zeitraum.~~ Zwar fallen bei der Neubewertung der Parzellen Kosten an, hingegen werden die Erträge gemäss der Realisierung künftiger Bauprojekte über längere Zeit eine Einnahmequelle für Nidau darstellen. Die Erträge aus der Mehrwertabgabe können für raumplanerische Massnahmen wie etwa Quartieraufwertungen und Förderung des gemeinnützigen Wohnungsbaus verwendet werden. (Annahme Änderungsantrag mit 16 Ja / 13 Nein / 1 Enthaltung)
- 485
- 490
- 495
- 500

7. Verkehrsberuhigung Quartiere Nidau West, Beunden/Grasgarten und Aalmatten – Investitionskredit

Ressort
Sitzung

Sicherheit
25.03.2021

nid 6.6.3 / 7.8

Stadtratspräsident, Markus Baumann: Wir gelangen zu Traktandum 7, Verkehrsberuhigung Quartier Nidau West, Beunden/Grasgarten und Aalmatten. Es geht um den Investitionskredit.

505 Dem Stadtrat wird ein Investitionskredit in der Höhe von 620 000 Franken für die Umsetzung eines Massnahmepaketes zur Verkehrsberuhigung in den Quartieren Nidau West, Beunden/Grasgarten und Aalmatten beantragt. Wird hier das Eintreten bestritten? Das ist nicht der Fall. Ich übergebe das Wort der zuständigen Gemeinderätin, Sandra Friedli.

510 **Ressortvorsteherin Sicherheit, Sandra Friedli:** Herr Stadtratspräsident, werte Anwesende hier in der Halle und zu Hause, guten Abend. Mit dem vorliegenden Geschäft beantragt der Gemeinderat einen Investitionskredit über 620 000 Franken für verkehrsberuhigende Massnahmen mit dem Ziel, die Verkehrssicherheit und die Lebensqualität in den entsprechenden Nidauer Quartieren zu verbessern. Die zweite Etappe, die hier vorliegt, umfasst das ganze Gebiet in Nidau südlich und westlich der Zihl und baut auf die erste Etappe auf, die im letzten Jahr in Nidau-West

515 umgesetzt wurde, zwischen Dr. Schneiderstrasse und Hauptstrasse.

Was kommt neu zusätzlich dazu? In Nidau West ist es die Einführung von Tempo 30 im westlichen Teil von Nidau West von der Dr. Schneiderstrasse. Ebenfalls auf der Dr. Schneiderstrasse, auf der Schlosstrasse und im Quartier Beunden/Grasgarten. Zusätzlich sollen Begegnungszonen eingeführt werden in dem Quartier Nidau West, wo wir jetzt bereits Tempo 30 haben. Ebenfalls

520 wird Nidau West und das Beunden-Quartier mit einer Zubringerregelung belegt, um den Schleichverkehr, den wir nachweislich haben, insbesondere auf der Dr. Schneiderstrasse und dem Balainenweg, in Zukunft unterbinden zu können. Im Allmattenquartier kommen neu verschiedene Begegnungszonen dazu, ein LKW Fahrverbot auf dem Martiweg und kleinere Anpassungen, insbesondere auf dem Allmattenweg, weil zahlreiche Verkehrsmessungen dort bewiesen haben, dass

525 Tempo 30 dort seit Jahren nicht eingehalten wird.

Ich kann sagen, dass sehr viele Forderungen, die wir im Rahmen der Begleitgruppe und der Mitwirkung zum Gesamtverkehrskonzept hatten und auch im letzten Oktober im Rahmen einer öffentlichen Begehung im Beundenquartier, in dieses Projekt eingeflossen sind. Nicht alle, obwohl

530 alle sehr genau angeschaut und geprüft wurden, aber schlussendlich musste man immer schauen, wo die Kosten und der Nutzen sinnvoll sind und was überhaupt machbar ist. Wir haben zum Beispiel von der Bevölkerung im Quartier Beunden aufgenommen, die Einfahr- und Abbiegehilfen für Velofahrende vom Beundenring in die Schulanlage Beunden. Wir haben auch das viel diskutierte Fahrverbot überprüft, das wir am Alex-Funk-Weg haben. Dort haben wir jetzt auch

535 eine Lösung im vorliegenden Projekt. Ebenfalls haben wir an der Begehung erfahren, dass es Probleme und gefährliche Situationen gibt mit Velofahrenden, die aus dem Bahnweg in den Beundenring fahren und dort den Nicht-Vortritt missachten. Dort haben wir jetzt eine Bremsschwelle eingebaut, so dass die Velofahrenden doch gezwungen sind, ihr Tempo zu drosseln und nicht einfach in den Beundenring rausfahren können. Dann haben wir auch weniger Berliner-Kissen umgesetzt als ursprünglich vorgesehen. Zusätzlich kann man sagen, dass eigentlich fast alle Begegnungszonen auf Eingaben der Bevölkerung basieren. Insbesondere die Begegnungszonen bei den

540 Schulen und bei den Kindergärten. Ebenfalls haben wir aus einer Eingabe der Bevölkerung übernommen, die Verbesserung der Situation am Kiesweg unten an der Aare entlang, zwischen dem

545 Oberen und Unterem Kanalweg. Dort gibt es auf der Höhe des Unteren und Oberen Kanalwegs immer wieder Konfliktsituationen zwischen Velofahrenden und Fussgängerinnen und Fussgängern. Trotzdem war das Ganze natürlich kein Wunschkonzert. Zum Beispiel gerade bei den Begegnungszonen hatten wir sehr viele Eingaben und dort haben wir klar nicht alle in diesem Projekt berücksichtigt. Wir haben nur die Begegnungszonen berücksichtigt, die entweder eine Zentrumsfunktion haben, wie z.B. in der Schulgasse, oder in der Weyermattstrasse vor der Post, vor Schulen und vor Kindergärten, weil es dort sehr sensibel und die Sicherheit besonders wichtig ist. Und auch bei kleinen Quartierstrassen, die in Spielstrassen umgewandelt werden und so wesentlich die Begegnung und die Lebensqualität im städtischen Raum fördern können.

550 Der Massnahmenkatalog sieht analog dem aus, den sie schon von Nidau West kennen. Es gibt nur eine Änderung, wir haben im Moment in Nidau West als Horizontalversätze, sogenannte Leitpfeile benutzt. Neu werden wir Blumenschalen einsetzen. Das kam auch aus einer Eingabe der Bevölkerung, dass wir auf die Idee kamen, weil es einerseits viel robuster ist - die Leitpfeile werden schnell umgefahren - es ist wesentlich schöner und trägt mit einer entsprechenden Begrünung auch noch zur Biodiversität bei.

560 Etwas, worauf ich noch eingehen möchte, ist eine Massnahme, die immer wieder zu Verunsicherung - jedenfalls am Anfang nach der Einführung - führt. Es geht um die Demarkierungen. Wir sind gezwungen, in Tempo-30-Zonen, zum Beispiel Radstreifen zu demarkieren aber insbesondere eben auch Fussgängerstreifen. Fussgängerstreifen sind vom Kanton nur dort zugelassen, wo wir eine Schule oder ein Heim haben. Überall sonst müssen wir sie wegnehmen. Mittlerweile kann man aber auch sagen, dass es kaum noch eine Gemeinde gibt, die keine Tempo-30-Zone hat. Der Erfahrungswert der Tempo-30-Zonen ist enorm und man kann eigentlich auch von einem richtig gehenden Erfolgsmodell sprechen. Es ist nämlich mittlerweile über die Jahre erwiesen, dass sich die Verkehrssicherheit in Tempo-30-Zonen massiv verbessert. Unfälle nehmen wesentlich ab und die, die noch passieren sind viel weniger schwerwiegend. Also auch wenn es keine Fussgängerstreifen mehr hat, wird es insgesamt für Fussgängerinnen, Fussgänger und Velofahrende wesentlich sicherer. Dann darf man auch nicht vergessen, dass die Kinder - um die hat man ja am meisten Angst - nach wie vor von der Schule, den Eltern und dem Verkehrspolizisten geschult werden und genau gleich lernen, auch wenn es keinen Fussgängerstreifen mehr hat, wo ihr Schulweg ist und wo sie anhalten, links und rechts schauen und dann über die Strasse gehen. Insgesamt kann man auch sagen, dass Tempo-30-Zonen die Co-Existenz fördern. Das heisst, dass die Aufmerksamkeit der einzelnen Verkehrsteilnehmenden gefördert wird und auch viel präsenter ist, als wenn wir keine Tempo-30-Zonen hätten. Und als letztes möchte ich noch anfügen, dass uns ein Fussgängerstreifen sehr häufig eine falsche Sicherheit vermittelt. Es gibt nämlich nicht wenige Fussgängerstreifen, die den Sichtverhältnissen nicht entsprechen und dadurch wesentlich gefährlicher sind, als wenn wir keine Fussgängerstreifen hätten. Fussgänger laufen nämlich einfach raus mit dem Gefühl sicher zu sein und schnell von einem Auto zu spät gesehen werden. Das belegen auch die Zahlen der Unfallstatistik des letzten Jahres. Die Hälfte der tödlichen Unfälle von zu Fussgehenden sind auf Fussgängerstreifen passiert. Um auf dieses Thema zu sensibilisieren, welche Regelungen in einer Tempo-30-Zone gelten, werden wir, wie wir es bereits in der ersten Etappe gemacht haben, wieder eine Info-Kampagne fahren, weil dies auf gutes Echo gestossen ist. Wir schalten Anzeigen, Informationen und Regeln, was in diesen Zonen gilt, im Anzeiger und sicher auch in den sozialen Medien. Ebenfalls gibt es vor Ort Plakate und die, die es vor Augen haben, diese Figuren an den Strassenrändern «Augen auf», die auf die neue Situation aufmerksam machen. Die Massnahmen, die wir Ihnen hier vorstellen und vorschlagen, basieren alle auf dem Gesamtverkehrskonzept, auf den Zielbildern Verkehrsberuhigung und auf dem Teilkonzept Nidau West / Beunden.

575
580
585
590

Noch etwas zu den Kosten. In den Kosten, die Ihnen hier vorliegen, sind insgesamt rund 57 000 Franken für optionale Massnahmen enthalten. Optionale Massnahmen heisst, dass diese nur eingeführt werden, wenn weitere Verkehrsmessungen zeigen, dass das Tempo-30-Regime nicht eingehalten wird. Wir sind gezwungen, das nach einem Jahr zu überprüfen, weil nur wenn
595 wir nachweisen können, dass unsere Massnahmen greifen und Tempo 30 wirklich funktioniert, erhalten wir vom Kanton die Bewilligung, dass wir auch Geschwindigkeitskontrollen durchführen können. Es liegt also an den Verkehrsteilnehmenden selber da Kosten zu sparen, indem sie dieses Verkehrsregime in Zukunft einhalten. Zusätzlich haben wir auch Gelder bei Dritten beantragt, der Bund spricht im Agglomerationsprogramm Gelder für solche verkehrsberuhigende Projekte. Wir
600 haben das eingereicht und können damit rechnen, dass wir gut 100 000 Franken des vorliegenden Projekts vom Bund zurückerstattet erhalten werden. Es freut mich somit, Ihnen ein gutes und breit abgestütztes Projekt unterbreiten zu können, dass die Verkehrssicherheit und insbesondere die Schulwegsicherheit aber auch die Lebensqualität und die Aufenthaltsqualität in unserem Stedtli nachweislich verbessert und bitte Sie in dem Sinne, diesem Kredit zuzustimmen.

605

Stadtratspräsident, Markus Baumann: Danke vielmals Sandra Friedli. Wir kommen zum Sprecher der GPK, Tobias Egger.

Sprecher GPK, Tobias Egger: Die GPK gibt dieses Geschäft einstimmig zur Beratung an den Stadtrat weiter, mit der Anmerkung, dass es sich dabei um den zweiten Teil der Umsetzung der Verkehrsberuhigungsmassnahmen gemäss Gesamtverkehrskonzept der Stadt Nidau handelt, die bereits erarbeitet und bewilligt wurde. Die GPK stellt zudem fest, dass auf der Kostenaufstellung im Stadtratsgeschäft auf Seite 9 die einzelnen Massnahmen nicht ersichtlich sind. Eine Kostenaufteilung nach Massnahmen mit einer Beschreibung der geplanten und optionalen Massnahmen
610 wäre sinnvoll gewesen.
615

Stadtratspräsident, Markus Baumann: Vielen Dank Tobias Egger. Es werden nun diverse Anträge kommen. Ich bitte jetzt einfach die Fraktionssprecher ihr Votum zu halten und dann werde ich einzeln die Sprecher aufrufen, um jeden Änderungsantrag einzeln abzuhandeln. Als erstes
620 kommt die Sprecherin der Sozialdemokratischen Fraktion, Bettina Bongard.

SP-Fraktion, Bettina Bongard: Guten Abend. Die SP-Fraktion stimmt diesem Investitionskredit der zweiten Etappe Verkehrsberuhigung, einstimmig zu.

Stadtratspräsident, Markus Baumann: Danke Bettina Bongard, der Sprecher der Bürgerlichen Fraktion, René Dancet bitte.
625

Bürgerliche Fraktion, René Dancet: Guten Abend auch von meiner Seite. Die Bürgerliche Fraktion wird ein Ergänzungsantrag zur Erhöhung der Transparenz bei der Umsetzung des Gesamtverkehrskonzepts generell einbringen. Zum Geschäft: Wir begrüssen grundsätzlich die Umsetzung des zweiten Massnahmepakets in den Jahren 2021/2022 als Teil des Gesamtverkehrskonzepts. Ich möchte noch kurz auf drei Punkte eingehen. Wir erachten es als sehr positiv, dass vermehrt differenziert wird zwischen sofort umzusetzenden und optionalen Massnahmen. Als Beispiel die Planung und Umsetzung von einem Berliner Kissen bei der Beunden-Brücke und auf der
630 anderen Seite fünf weitere Berliner Kissen, falls es sich zeigen sollte, dass die Geschwindigkeiten nicht eingehalten werden. Wir sind der Meinung, dass mit diesem Vorgehen sichergestellt wird, dass bei der Planung der Massnahmen wirklich bis zu Ende gedacht wird, also keine Salamitaktik, und auf der anderen Seite, Massnahmen und Kosten nur dann ausgelöst werden, wenn es wirklich

notwendig ist. Zweitens unterstützen wir es sehr, dass vier Fussgängerstreifen in den 30er- und
 640 Begegnungszonen bleiben und damit bewusst, wo es eben sinnvoll ist, eine Ausnahme vom
 Grundsatz gemacht wird, dass es keine Fussgängerstreifen in den 30er-Zonen gibt. Der letzte
 Punkt zu den Kosten, 620 000 Franken sind eine Stange Geld. Wenn der Bund noch
 100 000 Franken zahlt und die Optionen nicht realisiert werden, bleibt es immer noch viel Geld,
 aber uns, als Bürgerliche Fraktion und mir persönlich, ist die Umsetzung des Gesamtverkehrskon-
 645 zepts etwas wert. In der Folge stimmen wir diesem Massnahmepaket für die Verkehrsberuhigung
 und dem Investitionskredit von 620 000 Franken grossmehrheitlich zu.

Stadtratspräsident, Markus Baumann: Danke René Dancet. Als nächstes ist der Sprecher der
 Fraktion Grüne/EVP, Michael Döhrbeck an der Reihe.

650

Fraktion Grüne/EVP, Michael Döhrbeck: Geschätzter Stadtratspräsident, geschätzte Stadt-
 präsidentin, liebe Anwesende, sehr geehrte Zuschauer zu Hause. Die Fraktion Grüne/EVP be-
 grüsst das Ganze ebenfalls sehr. Wir werden noch einen kleinen Änderungsantrag stellen, aber
 sonst sind wir einstimmig dafür.

655

Stadtratspräsident, Markus Baumann: Danke Michael Döhrbeck. Der Sprecher der SVP-Frak-
 tion, Roland Rutishauser, bitte.

SVP-Fraktion, Roland Rutishauser: Die SVP ist grundsätzlich für Massnahmen für die Ver-
 660 kehrssicherheit. Bei der vorliegenden Planung haben wir aber drei Änderungsanträge zu stellen.

Stadtratspräsident, Markus Baumann: Danke Roland Rutishauser. Wir beginnen nun mit den
 Anträgen. Als erstes kommt der Antrag der Bürgerlichen Fraktion, René Dancet.

Bürgerliche Fraktion, René Dancet: Unser Antrag lautet: Der Gemeinderat wird beauftragt,
 bei der Vorlage von zukünftigen Massnahmepaketen, jeweils eine Gesamtübersicht über alle be-
 reits umgesetzten und geplanten Massnahmen des Gesamtverkehrskonzepts aufzuführen. Dabei
 sind die effektiven bzw. die erwarteten geschätzten zukünftigen Kosten, sowie der Realisierungs-
 zeitpunkt oder geplante Zeitpunkt der Umsetzung aufzuführen. Mit dieser Massnahme soll die
 670 Transparenz in diesem über einen langen Zeitraum laufenden Projekt, dem Gesamtverkehrskon-
 zept, erhöht werden.

Stadtratspräsident, Markus Baumann: Danke vielmal René Dancet. Dieser Antrag wird als
 Punkt 4 des Beschlusses beantragt. Die Diskussion zu diesem Antrag ist offen. Wer wünscht das
 675 Wort? Niemand. Wir gelangen zur Abstimmung über diesen Antrag.

Folgender Ergänzungsantrag wird mit 28 Ja / 2 Enthaltungen genehmigt: «Der Gemeinderat wird
 beauftragt, bei der Vorlage zukünftiger Massnahmenpakete jeweils eine Gesamtübersicht über alle
 bereits umgesetzten und geplanten Massnahmen des Gesamtverkehrskonzepts aufzuführen. Dabei
 680 sind die effektiven oder erwarteten geschätzten Kosten sowie der Realisierungszeitpunkt resp. der
 geplante Zeitpunkt der Umsetzung aufzuführen. Mit dieser Massnahme soll die Transparenz bei der
 über einen sehr langen Zeitraum laufenden Umsetzung des Gesamtverkehrsprojekts erhöht wer-
 den.»

685 Wir gelangen zum Änderungsantrag der Fraktion Grüne/EVP, Michael Döhrbeck, bitte.

Fraktion Grüne/EVP, Michael Döhrbeck: Wir beantragen eine Ausweitung der Begegnungszone auf das ganze Grasgarten-Quartier. Begründung: Es scheint uns zu aufwändig, in diesem kleinen Quartier zwei verschiedene Geschwindigkeitsregime zu signalisieren. Zudem wird der

690 Rundung Grasgartenweg, Schleusenweg, Mattenstrasse und Längmatt regelmässig von den Bewohnerinnen und Bewohnern des Ruferheims mit Rollatoren und Rollstühlen genutzt. Ausserdem gibt es viele Kinder, die im ganzen Quartier spielen. Dazu kommt auch noch, dass die Strassen für Tempo 30 sehr schmal sind.

695 **Stadtratspräsident, Markus Baumann:** Danke Michael Döhrbeck. Die Diskussion zu diesem Antrag ist eröffnet. Gibt es Wortmeldungen? Dem ist nicht so. Wir gelangen zur Abstimmung über den Änderungsantrag.

700 Folgender Änderungsantrag wird mit 25 Ja / 3 Nein / 2 Enthaltungen angenommen: Die Ausweitung der Begegnungszone auf das ganze Grasgartenquartier.

Wir kommen zum zweiten Antrag der Fraktion Grüne/EVP, nochmal Michael Döhrbeck, bitte.

705 **Michael Döhrbeck, Grüne:** Unser zweiter Antrag lautet wie folgt: Auf der Dr. Schneiderbrücke sind entweder die Radstreifen zu belassen, sofern dies als Ausnahme vom Kanton bewilligt wird, oder die aufwärtsfahrenden Radfahrer mit einer anderen Massnahme zu schützen. Begründung ist, dass bergauf die Geschwindigkeitsdifferenz von Alltagsvelofahrende gegenüber korrekt 30 km/h schnellen Motorfahrzeugen, mindestens 20 km/h beträgt. Ausserdem schwanken Velofahrende bei langsamer Fahrt mehr.

710 **Stadtratspräsident, Markus Baumann:** Danke Michael Döhrbeck. Die Diskussion zu diesem Antrag wäre eröffnet. Wird das Wort gewünscht? Das ist nicht der Fall. Wir gelangen zur Abstimmung über diesen Antrag.

715 Folgender Antrag wird mit 22 Ja / 5 Nein / 3 Enthaltungen genehmigt: Auf der Dr. Schneiderbrücke sind entweder die Radstreifen zu belassen, sofern dies als Ausnahme vom Kanton bewilligt wird, oder die aufwärtsfahrenden Radfahrer mit einer anderen Massnahme zu schützen.

720 Wir gelangen zu den Änderungsanträgen der SVP-Fraktion, Roland Rutishauser, bitte.

SVP-Fraktion, Roland Rutishauser: Die SVP lehnt die vorgesehenen Massnahmen eigentlich ab. Die Kosten von 620 000 Franken sind für uns viel zu hoch. Zahlreiche dargestellten Situationen bzw. Probleme existieren aus unserer Sicht nicht. Dass es zum Beispiel im Allmattenquartier angeblich ein Lastwagen Problem gibt, ist uns nicht bekannt. Auch weitere Massnahmen, wie die

725 Platzierung von Blumentöpfen als Hindernis, sind zwar gut gemeint, finanziell aber kaum vertretbar. Im Allgemeinen zielen die vorliegenden Massnahmen einmal mehr darauf ab, den Autofahrer auf Kosten des Steuerzahlers maximal zu schikanieren. Das hat nicht viel mit Verkehrssicherheit zu tun. Dabei möchte die SVP betonen, dass auch wir Massnahmen zur Erhöhung der Schulwegssicherheit befürworten. Dass innerhalb der Quartiere an einigen Orten Tempo 30 eingeführt wird,

730 bekämpfen wir nicht. Gerade aber weil das Volk vor einigen Jahren eine flächendeckende Einführung von Tempo 30 abgelehnt hat, ist es für uns unverständlich, wieso genau das nun offenbar trotzdem angestrebt wird. An einigen Stellen macht dies schlichtweg keinen Sinn. Entlang der Dr. Schneider-Strasse sollen bspw. Fussgängerstreifen entlang des Schulweges aufgehoben werden.

Das wäre für die Sicherheit nach unserer Ansicht kontraproduktiv. Auch ist es für uns nicht er-
 735 sichtlich, wie die Zubringerregelung in Nidau West überhaupt kontrolliert bzw. durchgesetzt wer-
 den kann. Das Gebiet dazu ist einfach zu gross. Weil wir uns, wie dargelegt, gegenüber sicher-
 heitsfördernden Massnahmen nicht verschliessen, stellen wir folgende Änderungsanträge. Ers-
 tens, betreffend Nidau-West: Auf die Zubringerregelung wird verzichtet, bis ein Konzept für des-
 sen Kontrolle vorliegt. Begründung: Aus meiner früheren beruflichen Tätigkeit ist mir bekannt,
 740 dass Signalisationen mit Ausnahmeregelung in der Regel häufig missachtet werden, weil sie nur
 schwer oder nur mit grossem Personalaufwand kontrolliert werden können. Eine solche flächende-
 ckende Situation mit diesen vielen Eingängen und der Signalisation mit Zubringerdienst ist ein-
 fach übertrieben und kann wirklich nicht kontrolliert werden. Ich kann mir keine Polizei vorstellen,
 die sich hier zur Verfügung stellt, das zu kontrollieren. Und private Sicherheitsdienste können das
 745 nicht übernehmen, weil sie keine Fahrenden kontrollieren dürfen. Diese ganze Zubringerregelung
 mit diesen Zusatzsignalisationen, wo aufgeführt wird, wer bis wohin darf, ist nicht abschliessend
 aufgeführt. Zum Beispiel sind alle Bootsbesitzer entlang des Unteren und Oberen Kanalwegs, an
 der Bürgerallee und im Grasgarten nicht berechtigt dazu zu fahren, weil sie nicht aufgeführt sind.
 Darum sollte man dort nicht einzeln aufführen, wer darf und wer nicht, sondern man muss eine
 750 grundsätzliche Regelung finden, die für alle gilt.

Stadtratspräsident, Markus Baumann: Danke Roland Rutishauser. Die Diskussion zum Antrag
 ist eröffnet. Wiederum gibt es keine Wortmeldungen. Wir gelangen zur Abstimmung über den Än-
 derungsantrag.

755

Folgender Änderungsantrag wird mit 6 Ja / 17 Nein / 7 Enthaltungen abgelehnt: Auf die Zubrin-
 gerregelung in Nidau West wird verzichtet, bis ein Konzept für dessen Kontrolle vorliegt.

Wir kommen zum zweiten Antrag, bitte Roland Rutishauser.

760

SVP-Fraktion, Roland Rutishauser: Auf weitere bauliche Massnahmen soll vorerst verzichtet
 werden. Hier sollte man zuerst während zwei Jahren Erfahrung sammeln. Begründung: Die be-
 reits ausgeführten Massnahmen an der Dr. Schneiderstrasse zwischen Mühleruns und Balainen-
 weg sind sehr wirksam und genügen. Zudem verkehrt seit dem letzten Fahrplanwechsel die VB-
 765 Linie 4 im 15-Minutentakt über die Dr. Schneiderstrasse und den Beundenring. Acht grosse Ge-
 lenkbusse verkehren innerhalb einer Stunde über diese Strecke und tragen dabei mit ihren vier
 Haltestellen erheblich zur Verkehrsberuhigung bei.

Stadtratspräsident, Markus Baumann: Danke Roland Rutishauser. Wünscht hier jemand das
 770 Wort? Das ist nicht der Fall. Dann kommen wir zur Abstimmung.

Folgender Änderungsantrag wird mit 12 Ja / 14 Nein / 4 Enthaltungen abgelehnt: Auf weitere
 bauliche Massnahmen wird vorerst verzichtet. Hier sollten während 2 Jahren Erfahrungen gesam-
 melt werden.

775

Wir gelangen zum dritten Antrag der SVP-Fraktion.

SVP-Fraktion, Roland Rutishauser: Im Allmattenquartier wurde der Vogel abgeschossen. Auf
 die vorgesehene Lastwagenzubringerregelung soll verzichtet werden. Begründung: Ich habe bis
 780 vor Kurzem 15 Jahre lang in diesem Quartier gewohnt. Das Lastwagenproblem in diesem Quartier

findet ausschliesslich auf dem Allmattenweg statt. Hier verkehren tagtäglich 40-Tonnen-Fahrzeuge an einem Kindergarten, Kindertagesstätte und Kinderspielplatz vorbei, in Richtung Industrie im Portmoos. Das stört anscheinend niemanden in diesem Quartier. Wegen einem verirrt Lastwagen soll nun eine solche widersinnige Signalisation aufgestellt werden? Wir finden das einen Verhältnisblödsinn.

785

Stadtratspräsident, Markus Baumann: Danke Roland Rutishauser. Auch hier ist die Diskussion eröffnet. Bitte, Tobias Egger.

790 **Tobias Egger, SP:** Danke für das Wort. Bei diesem Antrag nähme es mich doch noch wunder, was der Gemeinderat dazu sagt. Ich habe selber auch eine Zeit lang im Allmattenquartier gewohnt und ich kann mir nicht vorstellen, wieso es das wirklich braucht. Ich kann mir auch nicht vorstellen, dass ein Lastwagenchauffeur dort eine Pause machen würde. Wenn sie dorthin müssen, dann sowieso als Zubringer.

795

Stadtratspräsident, Markus Baumann: Danke Tobias Egger. Sandra Friedli möchte da gerne etwas dazu sagen.

800 **Ressortvorsteherin Sicherheit, Sandra Friedli:** Werte Anwesende, diesen Punkt haben wir auch aus einer Eingabe der Bevölkerung aufgenommen. Zwar von Personen, die am Martiweg wohnen. Es betrifft vor allem den Martiweg. Es scheint tatsächlich so zu sein, dass es ab und zu ortsunkundige Lastwagen gibt, die ins Portmoos fahren wollen und von der Brücke her, kommend von Port/Ipsach, scheinbar mit dem Navigationsgerät dann nicht beim Allmattenweg einbiegen, sondern beim Martiweg. Sie reissen dann Hecken mit und bleiben quasi stecken, weil es sehr
805 schmal ist. Es geht hauptsächlich darum. Natürlich ist auch das Problem der Lastwagen auf dem Allmattenweg vorhanden, da gebe ich dem Sprecher und der SVP-Fraktion recht. Dort haben wir aber, solange die Industrie im Portmoos bestehen bleibt, überhaupt keine Möglichkeit, irgendetwas dagegen zu machen. Aber mit einem LkW-Fahrverbot können wir es wenigstens so kanalisieren, dass sie nur dort durchfahren, wo sie sollen und nicht auch noch die kleineren Quartierstrassen belasten. Von dem her, legen wir Ihnen nahe, diesem Antrag nicht statt zu geben.
810

Stadtratspräsident, Markus Baumann: Danke Sandra Friedli. Tobias Egger wünscht nochmal das Wort.

815 **Tobias Egger, SP:** Jetzt muss ich doch nochmal sagen, es ist ja nicht mein Antrag und es geht nicht um mich, aber nach meiner Logik, macht das immer noch keinen Sinn. Wenn sie sich mit ihrem Navigationsgerät verirren und meinen, dass sie dort durchfahren müssen, dann sehen sie sich ja auch als Zubringer und würden diese Regelung ja wohl trotzdem übersehen. Wenn sie dem Navigationsgerät folgen und meinen dort durchfahren zu müssen, dann fahren sie trotzdem
820 durch. Und dann wegen einem Irrtum zu sagen, dass ein Verbot missachtet wurde, fände ich auch falsch. Mir ergibt sich die Logik hier nicht.

Stadtratspräsident, Markus Baumann: Danke Tobias Egger. Gibt es andere Wortmeldungen? Nein. Dann kommen wir zur Abstimmung.

825 Folgender Antrag wird mit 18 Ja / 6 Nein / 6 Enthaltungen angenommen: Auf die vorgesehene Lastwagenzubringerregelung wird verzichtet.

Das war der Marathon mit den Änderungsanträgen. Die Diskussion zum Geschäft ist eröffnet.
Wünscht jemand das Wort? Es ist alles gesagt und keine Wortmeldung mehr erwünscht. Wir ge-
830 langen zur Schlussabstimmung zum Geschäft.

Stadtratsbeschluss

Der Stadtrat von Nidau beschliesst mit 21 Ja / 9 Nein, gestützt auf Artikel 54 Absatz 1 Buchstabe
a der Stadtordnung:

- 835 1. Das Projekt für die Verkehrsberuhigung der Quartiere Nidau West, Beunden/Grasgarten
und Aalmatten wird mit folgenden Anpassungen genehmigt und dafür ein Investitionskredit
von CHF 620 000 bewilligt:
- a. Ausweitung der Begegnungszone auf das gesamte Grasgartenquartier (Annahme
Änderungsantrag mit 25 Ja / 3 Nein / 2 Enthaltungen)
 - 840 b. Auf der Dr. Schneiderbrücke sind entweder die Radstreifen zu belassen, sofern dies
als Ausnahme vom Kanton bewilligt wird, oder die aufwärtsfahrenden Radfahrer
mit einer anderen Massnahme zu schützen. (Annahme Änderungsantrag mit 22 Ja
/ 5 Nein / 3 Enthaltungen)
 - 845 c. Auf die vorgesehene Lastwagenzubringerregelung wird verzichtet (Annahme Ände-
rungsantrag mit 18 Ja / 6 Nein / 6 Enthaltungen)
2. Teuerungsbedingte Mehraufwendungen gelten als genehmigt.
3. Mit dem Vollzug wird der Gemeinderat beauftragt. Dieser wird ermächtigt, notwendige oder
zweckmässige Projektänderungen vorzunehmen, die den Gesamtcharakter des Projektes
nicht verändern. Der Gemeinderat kann diese Kompetenz an die zuständige Verwaltungs-
850 abteilung delegieren.
4. Folgender Ergänzungsantrag wird mit 28 Ja / 2 Enthaltungen genehmigt: «Der Gemeinde-
rat wird beauftragt, bei der Vorlage zukünftiger Massnahmenpakete jeweils eine Gesamt-
übersicht über alle bereits umgesetzten und geplanten Massnahmen des Gesamtverkehrs-
konzepts aufzuführen. Dabei sind die effektiven oder erwarteten geschätzten Kosten sowie
855 der Realisierungszeitpunkt resp. der geplante Zeitpunkt der Umsetzung aufzuführen. Mit
dieser Massnahme soll die Transparenz bei der über einen sehr langen Zeitraum laufenden
Umsetzung des Gesamtverkehrsprojekts erhöht werden.»

8. Spielplatz an der Zihl - Investitionskredit

Ressort	Tiefbau und Umwelt
Sitzung	25.03.2021

nid 6.3.2.9 / 2

860

Stadtratspräsident, Markus Baumann: Wir gelangen zum Traktandum 8, Spielplatz an der
Zihl. Auch hier geht es um einen Investitionskredit. Der Stadtrat genehmigt das Projekt Neuge-
staltung Spielpark an der Zihl und bewilligt dafür einen Investitionskredit von 315 000 Franken
inkl. Mehrwertsteuer. Wird hier das Eintreten bestritten? Das scheint nicht der Fall zu sein. Dann
865 gebe ich das Wort gerne dem zuständigen Gemeinderat, Philipp Messerli.

Ressortvorsteher Tiefbau und Umwelt, Philippe Messerli: Sehr geehrter Herr Stadtratsprä-
sident, sehr geehrte Stadträtinnen und Stadträte, liebe Anwesende im Saal und am Bildschirm.
Anfangs 2020 hat die Stadt Nidau die Initiative Stadtattraktivierung gestartet. Das Ziel dieser Ini-
870 tiative ist es, mit gezielten partizipativen - also unter Mitwirkung der Bevölkerung - erarbeiteten
Massnahmen das öffentliche Leben und den öffentlichen Raum in Nidau zu bereichern. Einer der

ersten Schwerpunkte, welcher der Gemeinderat bei diesem partizipativen Projekt gesetzt hat, ist der Spielplatz an der Zihl. Es ist ein Pilotprojekt für einen umfassenden partizipativen Prozess. Aktuell ist der Spielplatz an der Zihl in einem schlechten Zustand. Ein Grossteil der Spielgeräte wurde, da defekt oder nicht mehr sicherheitskonform, bereits demontiert. Einzig ein Kletterfels steht ein bisschen einsam in der Landschaft. Der Spielplatz an der Zihl ist ein wichtiger Treffpunkt in einem multikulturellen Quartier, ein sozialer Brennpunkt, wo es wenige Begegnungs- und Spielmöglichkeiten oder Grünzonen gibt. Etwas blumig auf den Punkt gebracht, ist der Spielpark an der Zihl wichtig für das Quartier als Treffpunkt der Nationen und Generationen. Für das Spielplatzprojekt wurde ressortübergreifend gearbeitet. Unter der Federführung des Ressort Tiefbau und Umwelt waren auch die Jugendarbeit JANU, die Integrationsfachstelle sowie die Stadtkanzlei am Projekt beteiligt. Fachliche Unterstützung erhielten wir durch die Fachstelle Spielraum, die grosse Erfahrungen hat mit partizipativen Planungen von Spielplätzen, gerade auch in der Region. Die Fachstelle Spielraum wird dieses Projekt auch bei der Ausführung weiter begleiten.

Zum partizipativen Prozess: An zwei Spielnachmittagen im September 2020 haben insgesamt über 200 Kinder und 75 Erwachsene von ihren Mitsprachemöglichkeiten Gebrauch gemacht und haben ihre Wünsche zur Gestaltung vom neuen Spielpark eingebracht. Auf spielerische und kindergerechte Art wurden Ideen gesammelt und die Ideen der Teilnehmenden abgeholt. Parallel dazu hat die Bevölkerung auch online noch die Möglichkeit gehabt, sich zu äussern. Auf Basis dieser Bedarfserhebung erstellte die Fachstelle Spielraum ein Modell des neuen Spielplatzes. Dazu gab es auch wieder die Möglichkeit Stellung zu beziehen, dieses Mal aber mit klaren Fragen, auf die man gezielt antworten konnte. Aufgrund dieser weiteren Rückmeldungen wurde das Projekt erstellt und soweit auch optimiert, dass wir Ihnen heute Abend ein ausgereiftes Spielplatz-Projekt mit einer hohen Aufenthaltsqualität und vielfältigen Spielmöglichkeiten vorlegen können. Aber mit diesem ganzen Prozess zur Beteiligung am Projekt ist es noch nicht fertig, es geht noch weiter. Es ist nämlich vorgesehen, dass sich die Kinder im Rahmen von Mitmachbaustellen am Bau des Spielplatzes beteiligen können. Vorgesehen ist auch eine partizipative Erarbeitung von einem Nutzungskonzept. Das alles schafft auch zusätzliche Identifikation mit diesem Spielpark. Kurz gesagt, der Spielplatz hat alle wichtigen Elemente, die es für einen guten und lebendigen Spielplatz braucht. Er sieht Spielmöglichkeiten für kleine und auch ältere Kinder vor, ermöglicht aber auch Begegnungsmöglichkeiten zwischen den Generationen. Er deckt Bedürfnisse der Kinder nach Bewegung und Gestaltung ab, bietet auch Möglichkeiten zum Rückzug und zum Beobachten, aber auch zum Ausruhen und Faulenzen. Und er ist eben auch einzigartig, weil er nach den Wünschen der Kinder gestaltet wurde, also massgeschneidert auf die konkreten Bedürfnisse der Nutzerinnen und Nutzer ausgelegt ist. Da kommt auch bei uns Erwachsenen etwas Wehmut auf, so einen coolen Spielplatz hätten wir uns damals als Kind auch gewünscht. Das Ziel ist, dass wir unmittelbar nach dem hoffentlich heute Abend positiven Bescheid von Ihnen Stadträtinnen und Stadträte, mit der Neugestaltung anfangen können. Konkret kommt die Ausschreibung der Gartenarbeiten, die Ausarbeitung des Detail- und Bauplans. Der Bau des Platzes ist von Juni bis September vorgesehen, die Teileröffnung im Oktober geplant - wahrscheinlich mit einem Fest zu einem späteren Zeitpunkt. Das heisst aber nicht, dass jetzt noch nichts geht. Der Bau selber soll zu einem Event werden. Ich habe es bereits erwähnt, im Rahmen von Mitmachbaustellen und bei der Erarbeitung von einem Nutzungsreglement, gibt es eben dann auch die Möglichkeit zur Beteiligung um es auch miterleben zu können, wie dieser Platz entsteht. Sie und wir wissen es, dass die Vorfreude bekanntlich die schönste Freude ist. Die Kosten: Der Investitionskredit beläuft sich auf 315 000 Franken. Im Finanzplan war ein Betrag von 310 000 Franken eingestellt. Es war auch vorgesehen, dass wir zur Mitfinanzierung noch Dritte anfragen werden. Wir haben Ideen wie die Amtsanzeiger-Genossenschaft, Lions Club, Rotary Club und sind auch guter Hoffnung, dass wir hier erfolgreich sein werden. Spielplätze sind beliebte und dankbare Sponsoring-Objekte. In diesem Sinne hoffen

920 wir, dass wir diesen Prozess, den wir vor einem Dreivierteljahr gestartet haben, weitertreiben können und dass wir für die Bevölkerung im Weiteilen-Quartier oder auch für jene, die gerne noch jung sind und auf einen Spielplatz gehen, diesen Platz endlich neugestalten können und schon bald bespielen können. Danke für Ihre Unterstützung.

925 **Stadtratspräsident, Markus Baumann:** Danke Gemeinderat Philipp Messerli. Wir kommen zur Sprecherin der GPK, Esther Kast.

Sprecherin GPK, Esther Kast: Nach eingehender Prüfung übergibt die GPK das Geschäft dem Stadtrat zur Beratung. Die GPK begrüsst die Initiative des Gemeinderats, die Bevölkerung aktiv in
930 die Gestaltung des Spielplatzes einbezogen zu haben und bei dessen Umsetzung einzubeziehen.

Stadtratspräsident, Markus Baumann: Danke Esther Kast. Jetzt die Sprecherin der Bürgerlichen Fraktion, Hanna Jenni.

935 **Bürgerliche Fraktion, Hanna Jenni:** Die Bürgerliche Fraktion stimmt dem Kreditantrag mehrheitlich zu. Wie Sie gehört haben, haben im Herbst 2020 zwei Spielnachmittage stattgefunden, um die Bedürfnisse der Bevölkerung resp. dieser Kinder einzuholen. Der erarbeitete Entwurf liegt nun vor und berücksichtigt die Anliegen mit den Spielbereichen Gestalten und Bauen, Bewegen und Austoben, Erleben und Beobachten, Verstecken und Nischen sowie Treffen und Begegnen.
940 Wie bereits erwähnt, wurden die bisherigen Spielgeräte grösstenteils demontiert, weil sie einfach wegen den sicherheitstechnischen Anforderungen nicht mehr erhalten werden konnten. Einzig der Kletterstein, der auch viel benutzt wird, kann weiterhin dort stehen bleiben. Die Kosten belaufen sich wie gesagt auf 315 000 Franken und wird in der Anlagenbuchhaltung als neue Anlage eingebucht. Die Bürgerliche Fraktion hat eingehend über die Kosten dieses Parks und auch vom Stromanschluss diskutiert. Wir begrüssen es, dass keine Feuerstelle eingerichtet wird, dass jedoch auch
945 eine Absicherung zur Lyss-Strasse erstellt wird, sowie, dass für Hunde nach wie vor ein Verbot vorgesehen ist.

Stadtratspräsident, Markus Baumann: Danke Stadträtin Hanna Jenni, wir machen weiter mit
950 der Sprecherin der Fraktion Grüne/EVP, Marlene Oehme.

Fraktion Grüne/EVP, Marlene Oehme: Guten Abend. Die Fraktion Grüne/EVP spricht sich einstimmig für dieses Geschäft aus. Wir bedanken uns beim Gemeinderat für die Planung und Ausarbeitung von diesem attraktiven Spielplatz, der durch das Mitwirkungsverfahren viele Ideen und
955 Wünsche der Bevölkerung einbezieht.

Stadtratspräsident, Markus Baumann: Danke Marlene Oehme, wir kommen zur Sprecherin der SVP-Fraktion, Ursula Wingeyer.

960 **SVP-Fraktion, Ursula Wingeyer:** Guten Abend. Wir finden es sehr gut, dass die Bevölkerung in das Ganze einbezogen wurde, wo sie auch sagen konnten, was sie gerne hätten. Es ist ein sehr schönes und spannendes Projekt. Aber wir denken, dass es auch etwas billiger hätte sein können. Man hätte auch etwas Tolles machen können, mit etwas weniger finanziellen Ausgaben. Und wir finden auch, dass man den Unterhaltsaufwand berücksichtigen muss und nicht vergessen darf.
965 Der wird relativ hoch sein. Ich enthalte mich darum.

Stadtratspräsident, Markus Baumann: Danke Ursula Wingeyer. Die Frauenrunde schliesst ab, die Sprecherin der Sozialdemokratischen Fraktion, Kathleen Lützelschwab.

970 **SP-Fraktion, Kathleen Lützelschwab:** Guten Abend. Die Fraktion der SP ist einstimmig für die Annahme dieses Geschäftes. Es ist ein gutes Pilotprojekt und wir begrüssen die ressortübergreifende Zusammenarbeit. Wir bedanken uns, dass das Projekt so aufgegleist werden konnte. Die Partizipation der Bevölkerung ist ein Erfolg, es können sich viele Menschen mit diesem Ort identifizieren. Man hat hier wohl an alles gedacht, jeder Spielbereich ist vertreten und man verzichtet bewusst auf Sachen, die einen Konflikt geben könnten. Es wird viel Geld investiert, aber dieses Geld wirkt auch präventiv. Dieser Aufenthaltsort ist attraktiv für Alle. Für Kinder, Jugendliche, für Erwachsene, für Eltern und Grosseltern. Durch das Mitdenken bei der Planung und das Mitmachen bei der Umsetzung, wird man dem Vandalismus vorbeugen. Es will ja niemand sein eigenes Werk kaputt machen lassen. Es gibt eine Identifikation mit dem Ort und es wird ein Begegnungsort fürs ganze Quartier geschaffen und somit auch aufgewertet. Was es jetzt noch braucht, sind nutzbare Toiletten, sonst haben wir nämlich dann dort den Vandalismus, d.h. hinter den Büschen und am Zihlufer. Ich persönlich hätte so einen Spielplatz am liebsten auch gleich noch beim Balainen Schulhaus.

985 **Stadtratspräsident, Markus Baumann:** Danke Käthy Lützelschwab. Die Diskussion ist jetzt eröffnet. Wünscht jemand noch das Wort? Von den Herren vielleicht? Nein, dann bitte Susanne Schneiter Marti.

990 **Susanne Schneiter Marti, FDP:** Es scheint gerade so, als wären Spielplätze Frauensache. Ich möchte gerne zwei Fragen stellen. Erstens, werden in Zukunft weitere Spielplätze in Nidau in diesem Rahmen erneuert? Und gibt es ein Benchmarking für die Kosten von so einem Spielplatz in dieser Grösse? Auch zum Beispiel in den umgebenden Gemeinden.

995 **Stadtratspräsident, Markus Baumann:** Danke Susanne Schneiter Marti. Bitte, Gemeinderat Philippe Messerli.

1000 **Ressortvorsteher Tiefbau und Umwelt, Philippe Messerli:** Werte Anwesende, danke für die zwei Fragen. Zur ersten Frage, eine der wichtigen Schwerpunkte, die wir uns für diese Legislatur gesetzt haben, - jedenfalls intern im Ressort - ist dass wir die Spielplätze grundsätzlich aufwerten möchten, weil wir das Gefühl haben, dass in den letzten Jahren relativ wenig passiert ist. Inwiefern, dass es jedes Mal so ein aufwändiges Verfahren geben wird, muss man von Fall zu Fall prüfen. Es ist ja nicht so, dass jeder Spielplatz von Grund auf, wie in diesem Fall, erneuert werden muss. Es gibt Spielplätze, wo man vielleicht nur ein Teil der Sachen erneuern wird. Grundsätzlich sind wir eigentlich immer partizipativ unterwegs. Wenn wir etwas neugestalten, dann schauen wir auch immer mit den Nutzenden, resp. Anwohnerinnen und Anwohnern, wie sie dazu stehen und informieren diese auch. Ich kann es also nicht genau sagen, das werden wir bei jedem Fall immer neu anschauen. Wir werden es uns gut überlegen, wenn wir so ein umfassendes Verfahren machen würden, dann muss es auch einen Mehrwert geben. Für kleinere Änderungen macht das keinen Sinn, dann würde man es einfach auch in einem kleineren Rahmen machen. Das nächste grössere Projekt, das ansteht, ist der Spiel- und Bewegungspark, bzw. Bewegungs- und Generationenpark. Dort sind wir schon dran und haben auch schon erste Gespräche geführt mit den Anwohnerinnen und Anwohnern. Aber das ist noch im Prozess, das werden wir von Fall zu Fall entscheiden. Jetzt noch zur zweiten Frage, dem Benchmark. Das ist natürlich eher schwierig, weil jeder Spielplatz wieder etwas Besonderes ist. Gerade dieser Spielplatz ist auch etwas Einzigartiges

1015 und Spezielles. Darum ist es schwierig, weil man dann Äpfel mit Birnen vergleicht. Wir haben bei
 der Fachstelle Spielraum nachgefragt, weil sie ja schon viele solche Projekte begleitet haben. Sie
 sagen, dass für einen Platz dieser Grösse und mit dieser Nutzung, diesen Ansprüchen und dieser
 Fläche, mit einem Kostenrahmen von 250 000 bis 350 000 Franken gerechnet wird. Da liegen
 etwa die Kosten, wenn man so einen Platz von Grund auf neugestaltet. Wir sind dort eigentlich
 1020 mitten drin.

Stadtratspräsident, Markus Baumann: Danke Philippe Messerli. Gibt es weitere Fragen oder
 Wortmeldungen? Dem ist nicht so. Dann gelangen wir zur Abstimmung.

Stadtratsbeschluss

1025 Der Stadtrat von Nidau beschliesst mit 23 Ja / 4 Nein / 3 Enthaltungen, gestützt auf Artikel 54
 Absatz 1 Buchstabe a der Stadtordnung:

1. Das Projekt Neugestaltung Spielpark an der Zihl wird genehmigt und dafür ein Investiti-
 onskredit von CHF 315 000 bewilligt.
- 1030 2. Teuerungsbedingte Mehraufwendungen gelten als genehmigt.
3. Mit dem Vollzug wird der Gemeinderat beauftragt. Dieser wird ermächtigt, notwendige o-
 der zweckmässige Projektänderungen vorzunehmen, die den Gesamtcharakter des Pro-
 jektes nicht verändern. Der Gemeinderat kann diese Kompetenz an die Abteilung Infra-
 struktur delegieren.

1035

9. Sanierung Pumpwerk Guglerstrasse – Investitionskredit

Ressort	Tiefbau und Umwelt
Sitzung	25.03.2021

nid 7.3.2 / 4

Stadtratspräsident, Markus Baumann: Wir kommen zu Traktandum 9 - Sanierung Pumpwerk
 Guglerstrasse. Es geht auch hier um einen Investitionskredit. Der Stadtrat genehmigt das Projekt
 1040 Sanierung Pumpwerk Guglerstrasse und bewilligt dafür einen Investitionskredit von 468 000 Fran-
 ken. Wird hier das Eintreten bestritten? Das scheint nicht der Fall zu sein. Dann bitte ich den zu-
 ständigen Gemeinderat, Philippe Messerli ans Rednerpult.

Ressortvorsteher Tiefbau und Umwelt, Philippe Messerli: Werte Anwesende, das Pumpwerk
 1045 an der Guglerstrasse ist eine Schlüsselanlage im Abwassernetz der Stadt Nidau. Bei Trockenwet-
 ter werden 50 Prozent des Nidauer Schmutzwassers über dieses Pumpwerk und dem Düker unter
 der Zihl zur ARA Biel geleitet. Das Pumpwerk an der Guglerstrasse ist aber auch ein Sorgenkind.
 Die gesamte Anlage ist pannen anfällig, wartungsintensiv und eine Sanierung ist überfällig. Die
 Anlage besteht aus zwei Dükerleitungen, bzw. zwei Kammern. Eine Kammer ist für das Schmutz-
 1050 wasser bei Trockenwetter in Betrieb, bei stärkerem Regen gibt es einen Überlauf vom Mischwas-
 ser in die zweite Kammer, die sogenannte Regenkammer. Bei allen Wetterlagen gibt es Funkti-
 onsprobleme. Erstens kommt es bei Trockenwetter im Düker zu Ablagerungen, teilweise tagsüber
 und vor allem nachts besteht eine zu geringe Fliessgeschwindigkeit. Es braucht darum eine leis-
 tungsfähige Pumpe. Zweitens, wird die zweite Leitung bei Regenwetter als Überlauf gebraucht.
 1055 Bei kleinerer Regenintensität, also in 98 Prozent der Regeneignisse ist die Schleppkraft der Lei-
 tung ungenügend und es kommt auch hier zu Ablagerungen. Je nach Wetterlage sind eine oder
 zwei Tauchmotorpumpen in Betrieb. Dann gibt es noch die dritte Lage, das ist Regenwetter mit

Rückstau aus dem Hauptsammelkanal der Stadt Biel. Dann muss das Mischwasser in beiden Kam-
mern mit allen drei Pumpen weiterbefördert werden. Fazit, das anfallende Schmutz und Misch-
wasser Richtung ARA kann nur mit Pumpkraft effizient weiterbefördert werden und es kommt
1060 eben bei allen Wetterlagen zu Ablagerungen in den Kammern. Da liegt genau das Problem. Die
technische Analyse hat ergeben, dass die beiden Pumpen, die bei Regenwetter zur Anwendung
kommen und 2004 installiert wurden, den Anforderungen nicht genügen. Bei starkem Regenwet-
ter lösen sich die Feststoffe im Düker und verstopfen die Pumpenlaufräder, was die Pumpleistung
1065 der Gesamtanlage beeinträchtigt. Man geht davon aus, dass das Gesamtsystem die fehlende För-
derleistung mit Überläufen und auch mit grösseren Entlastungen über das Regenüberlaufbecken
an der Zihlstrasse, in die Zihl kompensiert. Das widerspricht natürlich den Bestimmungen des Ge-
wässerschutzes. Glücklicherweise ist es aber bis heute zu keinen Überläufen in Kellern der Wohn-
häuser gekommen.

1070 Was ist geplant, um die eingeschränkte Leistungsfähigkeit des Pumpwerks zu verbessern? Im Re-
genwetterbecken werden zwei neue leistungsfähige Pumpen installiert, die auch den gröberen
Schmutzanteilen Stand halten und die Pumplaufräder nicht verstopfen. Aber wir nutzen auch
gleich die Gelegenheit, die Pumpe im Trockenwetterbecken zu ersetzen. Sie wäre bald am Ende
der Nutzungsdauer angekommen. Es macht deshalb Sinn, alle Pumpen gemeinsam zu beschaffen,
1075 aus technischen aber auch aus preislichen Gründen. Die Anlage wird zusätzlich mit angepassten,
sprich erhöhten Überlaufkanten zwischen den beiden Kammern mit einer vollautomatisierten
Steuerung optimiert. Möglich wird das dank effizienten Niveaumessungen. Zusätzlich werden
auch Mängel in Bezug auf die Arbeitssicherheit und die Entlüftung behoben. Die Anlage wird mit
dem neuen Steuerungs- und Leitsystem ausgerüstet, das bereits bei den anderen Anlagen in un-
serem Abwassernetz in Betrieb ist. Und schliesslich werden das Pumpwerk und der Düker in Zu-
kunft auch einfacher und effizienter zu warten sein. Im Finanzplan ist für diese Sanierung ein Be-
trag von 300 000 Franken eingestellt. Die Mehrkosten von knapp 170 000 Franken ergeben sich
1080 durch die planerische Unklarheit bezüglich des Umfangs der Sanierung aber auch wegen den
Mehraufwänden bezüglich Arbeitssicherheit. Die Investition wird der Abwasserrechnung belastet.
Gemäss bestehendem Vertrag beteiligt sich aber auch die Gemeinde Port mit einem Anteil von
1085 12,5 Prozent an der Investition, was einem Betrag von 58 000 Franken entspricht. Der Gemein-
derat bittet Sie, diesem Projekt zuzustimmen.

Stadtratspräsident, Markus Baumann: Danke Gemeinderat Philippe Messerli. Wir kommen zur
1090 Sprecherin der GPK, Susanne Schneiter Marti.

Sprecherin GPK, Susanne Schneiter Marti: Die GPK übergibt dieses Geschäft einstimmig und
ohne Kommentar dem Stadtrat.

1095 **Stadtratspräsident, Markus Baumann:** Danke Susanne Schneiter Marti, wir kommen zum
Sprecher der Fraktion Grüne/EVP, Michael Döhrbeck.

Fraktion Grüne/EVP, Michael Döhrbeck: Die Fraktion der Grüne/EVP ist einstimmig für dieses
sinnvolle Geschäft.

1100 **Stadtratspräsident, Markus Baumann:** Danke. Bitte der Sprecher der SVP-Fraktion, Viktor
Sauter.

SVP-Fraktion, Viktor Sauter: Guten Abend. Die Fraktion SVP Nidau ist einstimmig für die An-
1105 nahme von diesem Investitionskredit für die Sanierung des Pumpwerks Guglerstrasse. Wir sind

aber sehr erstaunt, dass man nach 16 Jahren zu Lasten des Steuerzahlers diese Pumpen schon ersetzen muss.

1110 **Stadtratspräsident, Markus Baumann:** Danke Stadtrat Viktor Sauter. Bitte der Sprecher der Sozialdemokratischen Fraktion, Tobias Egger.

1115 **SP-Fraktion, Tobias Egger:** Besten Dank. Die SP-Fraktion spricht sich einstimmig für diesen Investitionskredit aus und begrüsst es, dass die neue Lösung mit der neuen Situation, die Arbeitsbedingungen für den Unterhalt deutlich verbessert.

Stadtratspräsident, Markus Baumann: Danke Tobias Egger. Bitte den Sprecher der Bürgerlichen Fraktion, Martin Fischer.

1120 **Bürgerliche Fraktion, Martin Fischer:** Guten Abend. Die Bürgerliche Fraktion stimmt diesem Investitionskredit einstimmig zu.

1125 **Stadtratspräsident, Markus Baumann:** Danke Stadtrat Martin Fischer. Die Diskussion zum Geschäft ist eröffnet. Wird das Wort gewünscht? Möchte Gemeinderat Philippe Messerli das Schlusswort? Nein, in dem Fall gelangen wir zur Abstimmung.

Stadtratsbeschluss

Der Stadtrat von Nidau beschliesst einstimmig, gestützt auf Artikel 54 Absatz 1 Buchstabe a der Stadtordnung:

- 1130
1. Das Projekt Sanierung Pumpwerk Guglerstrasse wird genehmigt und dafür ein Investitionskredit von CHF 468 000 inkl. MWST bewilligt.
 2. Teuerungsbedingte Mehraufwendungen gelten als genehmigt.
 3. Mit dem Vollzug wird der Gemeinderat beauftragt. Dieser wird ermächtigt, notwendige oder zweckmässige Projektänderungen vorzunehmen, die den Gesamtcharakter des Projektes nicht verändern. Der Gemeinderat kann diese Kompetenz an die zuständige Verwaltungsabteilung delegieren.
- 1135

10. Kultur Kreuz Nidau – Subventionserhöhung

Ressort	Bildung, Kultur, Sport
Sitzung	25.03.2021

nid 3.1.4 / 10

1140 **Stadtratspräsident, Markus Baumann:** Wir kommen zu Traktandum 10 – Kultur Kreuz Nidau, Subventionserhöhung. Der Verein Kultur Kreuz Nidau beantragt für 2022/2023 die Erhöhung des Betriebsbeitrags der Stadt Nidau. Gemäss Artikel 18 der Stadtordnung hat sich Esther Kast wegen Interessensbindung gemeldet, da sie dort als Freiwillige arbeitet. Wird das Eintreten in dieses Geschäft bestritten? Nein, dann möchte ich gerne dem zuständigen Gemeinderat, zum ersten Mal heute Abend, das Wort Marc Eyer übergeben.

1145

1150 **Ressortvorsteher Bildung, Kultur, Sport, Marc Eyer:** Sehr geehrter Stadtratspräsident, sehr verehrte Ratsmitglieder, sehr geehrte Damen und Herren als Zuschauer zu Hause oder hier im Saal. Das Kreuz Nidau ist legendär. Nicht nur für Nidau, für den Grossraum Biel und für das ganze Seeland und Berner Jura, ist das Kreuz ein wichtiges Kulturlokal mit einem breiten Angebot. Viele

heute berühmte und etablierte Schweizer Künstler haben ihre ersten erfolgreichen Auftritte im Kreuz Nidau gefeiert und kommen auch heute immer noch gerne ins Kreuz zurück. Das Kreuz trägt den Namen Nidau in einem positiven Sinn in die Welt, oder zumindest in die Schweiz. Die Bedeutung und die Ausstrahlung vom Kreuz ist auch der Grund, wieso man die Kulturveranstalter im Kreuz, den Verein Kultur Kreuz Nidau, zu einem Kulturveranstalter von überregionaler Bedeutung ernannt hat, der auch vom Kanton und vom Gemeindeverband Kultur Biel-Seeland-Berner Jura als subventionswürdig erklärt hat. Der Verein Kultur Kreuz Nidau arbeitet seit Jahren sehr verlässlich und engagiert als Kulturveranstalter in Nidau. Es ist nicht nur so, dass der Verein den Leistungsauftrag mit dem Kanton, dem Gemeindeverband und der Stadt Nidau immer sehr gut erfüllt, sondern er hat das auch immer sehr kostenbewusst und kostengünstig gemacht und ist dabei auch immer sehr innovativ vorgegangen. Während andere Kulturveranstalter, auch Subventionierte, sich in Bezug auf Bezahlung von Funktionen schon längstens professionalisiert haben, hat das Kultur Kreuz Nidau immer mit einem sehr hohen Anteil an Freiwilligenarbeit, ganz viel Idealismus und Herzblut, gearbeitet und gewirtschaftet. Die totalen Erträge, die sich jährlich zwischen 250 000 und 280 000 Franken bewegen, haben sich in den vergangenen Jahren gegenüber dem Aufwand für Veranstaltungen, im Umfang von etwa 110 000 Franken und dem Betriebsaufwand von 160 000 Franken, immer etwa gerade aufgewogen. Das heisst, die Erfolgsrechnung hat in den vergangenen Jahren immer gerade eine schwarze Null ergeben. Die Einnahmen von diesen rund 260 000 Franken setzen sich im Kreuz folgendermassen zusammen: 80 000 Franken kommen durch Eintritte, Mitgliederbeiträge und ganz wenige Spenden zusammen, das entspricht ca. 30 Prozent. Die Vermietung vom Saal und der Technik an Dritte, macht einen hohen Anteil aus, nämlich etwa 47 Prozent oder in absoluter Zahl, 120 000 Franken pro Jahr. Die Subventionen machen schliesslich noch die restlichen 60 000 Franken aus, das entspricht etwa 23 Prozent. Umgekehrt gesagt, beläuft sich der Eigenfinanzierungsgrad auf rund 77 Prozent im Schnitt. Das vorbildhafte Wirtschaften hat sich jetzt aber in der Corona-Zeit auch als Eigengoal erwiesen. Die Fremdvermietung der Infrastruktur, die der Hauptteil der Einnahmen ausmachte, sind eingebrochen und bringen damit die Kasse in arge Nöte. Man könnte dem Verein jetzt Blauäugigkeit vorwerfen, im Sinn, dass in den vergangenen Jahren für solche Fälle keine Reserven angelegt wurden. Hätte man das machen wollen, so hätte man schon in der letzten Leistungsperiode eine Subventionserhöhung beantragen müssen, wie das auch andere Kulturinstitutionen, wie z.B. die Kufa Lyss, gemacht haben. Aber genau das wollte man nicht, man wollte nicht auf Vorrat Geld anhäufen. Die Situation ist nun die, dass durch die Krise das Geld nicht mehr reicht. Noch bevor die Leistungsperiode zu Ende ist, braucht es eine Subventionserhöhung der Stadt im Umfang von 20 000 Franken pro Jahr, für die Jahre 2022 und 2023. Mittelfristig braucht es aber noch mehr. In der neuen Leistungsperiode soll auch der Kanton und der Gemeindeverband nachziehen mit den Subventionen. Dafür plant man mit vereinten Kräften, mit einem Fusionskonstrukt zwischen den Veranstaltern Le Singe und Groove Sound von Biel, zusammen mit dem Kultur Kreuz Nidau, das neue Kartell Culturel zu bilden, um mit dem ins Rennen zu steigen. Von dieser Funktion verspricht man sich Synergien, vor allem in Bezug auf die Qualität der Angebote und der Arbeit insgesamt. Im Bereich von Marketing und Administration soll man profitieren, aber auch um als grösserer Player in der Szene auftreten zu können und sich bessere Bedingungen aushandeln zu können. In Nidau kann man sich durch die Fusion mit einem potenten stärkeren Veranstalter auch mehr Kapazität für die Produktion von Anlässen auf Nidauer Boden erhoffen. Bisher konnten weder Groove Sound, noch Le Singe in Nidau veranstalten, weil sie vertraglich an Biel gebunden waren. Neben dem Veranstaltungsort, Kreuz Nidau, das übrigens auch nach einer Fusion seinen Namen behalten würde, gibt es in Nidau weitere mögliche Orte, die man bespielen könnte, z.B. auch die Expo Brache aber auch die Dispo-Halle oder neue andere Orte, die Möglichkeiten ergeben, um Kultur zu veranstalten. Das aber würde man letztlich mit einem neuen Leistungsvertrag regeln,

der Biel zusammen mit Nidau, dem Kanton sowie dem Gemeindeverband ausgestalten könnte.

1200 Wir sind in den vergangenen Jahren in Nidau sehr günstig zu einem hochstehenden Kulturangebot gekommen. Jetzt wird es ein bisschen teurer. Aus unserer Sicht lohnt sich das immer noch alle-

mal sehr. Ich möchte an dieser Stelle einmal mehr den Verantwortlichen vom Kultur Kreuz Nidau für ihren sehr grossen Aufwand danken - insbesondere gerade auch in dieser Situation, in der wir seit einem guten Jahr drin stecken - den sie für ein kostengünstiges und qualitativ hochstehendes

1205 Angebot an Kultur in Nidau geleistet haben und auch weiterhin leisten. Ich bitte Sie, dieser Subventionserhöhung zu zustimmen. Vielen Dank.

Stadtratspräsident, Markus Baumann: Danke Gemeinderat Marc Eyer. Wir kommen zum Sprecher der GPK, Nils Kallen.

1210

Sprecher GPK, Nils Kallen: Werter Stadtratspräsident, werte Ratskolleginnen und -kollegen, werte Anwesende und Zuschauende von zu Hause. Die GPK übergibt dieses Geschäft einstimmig dem Stadtrat zur Beratung und kann das Bedürfnis für eine Fusion nachvollziehen.

1215 **Stadtratspräsident, Markus Baumann:** Danke Nils Kallen. Wir kommen zum Sprecher der SVP-Fraktion, Leander Gabathuler.

SVP-Fraktion, Leander Gabathuler: Geschätzte Kolleginnen und Kollegen, ich habe letzte Woche in der Debatte ein eindringliches Votum für die Nidauer Vereine gehalten und dass man mehr

1220 Sorge zu ihnen tragen sollte. Diese Aussage gilt natürlich für alle Vereine, die zu einem attraktiven Wohnstandort beitragen. Das KKN ist eine von diesen Institutionen, sogar eine, wir haben es gehört, von regionaler Bedeutung. Mit dieser Vorlage sichert sich Nidau einen relativ guten Deal. Für 20 000 Franken mehr, gibt es deutlich mehr Leistung, weil der grösste Teil von dieser Sub-

1225 ventionserhöhung, das konnte man lesen, kommt aus anderen Töpfen, zum Beispiel von der Stadt Biel. Inhaltlich wurde darum diese Vorlage bei uns durchwegs positiv aufgenommen und wir sind überzeugt, dass die neue fusionierte Institution, ein tolles, ein viel dichteres und ein viel reichhaltiges Kulturangebot für die Bevölkerung schaffen wird. Für einen Teil unserer Fraktion überwiegen diese positiven Punkte. Allerdings stellen wir auch fest, dass die Gemeinde das Gleichbehandlungs-Prinzip schon lange überhaupt nicht mehr einhält. Für ein paar wenige Institu-

1230 tionen werden teils riesige Geldsummen gesprochen. Das KKN ist nur ein Beispiel dafür. Die SVP findet es zwar sehr sympathisch, wenn eine Gemeinde solche Sachen tatkräftig unterstützt. Allerdings stellen wir auch die Frage, wo sie denn die Grenzen setzt. Mit der richtigen Lobby könnte ja fast jeder kommen und neuerdings Geldbeträge verlangen. Insbesondere in der aktuell sehr schwierigen Phase, rund um den Lockdown und dem Virus - wie auch hier bei der Vorlage argu-

1235 mentiert wird - könnten schnell mal viele andere kommen. Klar, die Kulturschaffenden leiden im Moment extrem hart unter der Krise und wir hören diesen Hilferuf. Aber andere Vereine, andere KMU leiden ebenfalls und denen hilft die Gemeinde nicht. Diese Ungleichbehandlung und die Anspruchshaltung, wie sie halt in der linken Kulturszene doch ziemlich vertreten ist, die stört uns ein wenig. Letztlich ist es aber eine Güterabwägung, was verliert Nidau - wir sprechen hier von

1240 20 000 Franken mehr pro Jahr - und was gewinnt Nidau. Für mich persönlich überwiegen die positiven Aspekte bei dieser Vorlage. Und wenn wir davon ausgehen, dass diese Vorlage heute im Stadtrat angenommen wird, dann wünschen wir dem Kartell Culturel für den Start in die neue Phase alles Gute und wir hoffen, dass die Institution insbesondere das Angebot in Nidau stark ausbauen wird. Die treibenden Personen, die nicht nur beim KKN, sondern auch beim Singe und

1245 Groove Sound dahinterstehen, sind schliesslich schon fast Ur-Nidauer.

Stadtratspräsident, Markus Baumann: Danke Leander Gabathuler. Wir kommen zum Sprecher der Sozialdemokratischen Fraktion, Stadtrat Damian Kessi.

1250 **SP-Fraktion, Damian Kessi:** Guten Abend. Der Verein Kultur Kreuz Nidau (KKN) ist seit fast 40
Jahren für ihr qualitativ hochstehendes und vielfältiges Kulturprogramm weit über die Grenzen der
Stadt Nidau bekannt. Dieser Bekanntheitsgrad spiegelt sich auch in den Finanzen des Vereins wie-
der. Der Verein weist nämlich einen hohen Eigenfinanzierungsgrad von 77 Prozent aus, das ist
1255 etwas, was nur wenige subventionierte Kulturinstitutionen ausweisen. Genau dieser Eigenfinanzi-
erungsgrad ist jetzt aber gerade das, was das KKN in Notlage bringt. Aufgrund der Corona-Pandemie
sinken diese Einnahmen quasi auf null. Und was lange funktioniert hat, wird jetzt in Frage gestellt.
Damit der Verein KKN auch nach der Pandemie ein Kulturbetrieb mit Ausstrahlung in die gesamte
Region aufrechterhalten kann, braucht er diese Erhöhung des Betriebsbeitrags der Stadt Nidau. Für
1260 die SP-Fraktion darf eine Kulturinstitution mit regionaler Ausstrahlung wie der KKN nicht einfach
aufgrund der Corona-Pandemie verloren gehen. Mit der anstehenden Fusion mit Groove Sound und
Le Singe kann das KKN Synergien nutzen und die zur Verfügung stehenden Mittel effizienter und
professioneller einsetzen, um ein reichhaltigeres und besseres Veranstaltungsprogramm in Nidau
anzubieten. Dadurch profitiert wiederum das Kulturleben in der Stadt Nidau. Die SP-Fraktion ist
darum einstimmig für die Erhöhung dieses Betriebsbeitrags.

1265

Stadtratspräsident, Markus Baumann: Danke Damian Kessi, wir kommen zur Sprecherin der
Bürgerlichen Fraktion, Amélie Evard.

Bürgerliche Fraktion, Amélie Evard: Werter Herr Stadtratspräsident, werte Frau Stadtpräsi-
1270 dentin, liebe Anwesende und liebe Zuschauerinnen und Zuschauer zu Hause. Auch die Bürgerliche
Fraktion dankt der grossen Arbeit des KKN. Auch wir verstehen die aktuelle schwierige Situation,
aufgrund der Corona-Pandemie. Aber aufgrund fehlender Kostentransparenz, ist die grosse Mehr-
heit der Bürgerlichen Fraktion gegen diese Subventionserhöhung. Wir würden uns eine Offenle-
gung der Einnahmen und Ausgaben des KKN wünschen, um eine bessere Beurteilung dieser Sub-
1275 ventionserhöhung zu ermöglichen.

Stadtratspräsident, Markus Baumann: Danke Stadträtin Amélie Evard. Wir kommen zur Spre-
cherin der Fraktion Grüne/EVP, Marlene Oehme.

1280 **Fraktion Grüne/EVP, Marlene Oehme:** Guten Abend. Die Fraktion Grüne/EVP hat dieses Ge-
schäft diskutiert und spricht sich einstimmig für die Subventionserhöhung aus. Diese Erhöhung ist
aus unserer Sicht gerechtfertigt. Erstens, durch die Einschränkungen der aktuellen Krise. Zwei-
tens, es ist ein Nachholbedarf da, der sich schon in den letzten Jahren abgezeichnet hat. Drittens,
damit die Qualität des Angebots verbessert werden kann.

1285

Stadtratspräsident, Markus Baumann: Danke Marlene Oehme. Die Diskussion ist nun eröff-
net, wünscht jemand das Wort? Bitte Stadtrat Thomas Spycher und anschliessend Stadträtin Bri-
gitte Deschwanden Inhelder.

1290 **Thomas Spycher, FDP:** Ich möchte noch darauf hinweisen, Sie haben es sicher gesehen, und es
ist eine Frage an Gemeinderat Marc Eyer. Es geht um den Beschlussentwurf. Punkt 1 ist soweit
klar. Aber Punkt 2 muss man mehrmals lesen, bis man weiss, was gemeint ist. Aber sicher bin ich
doch noch nicht. Angenommen, dass der Status, als Kulturinstitution von Bedeutung, den das

1295 KKN seit 2016 hat, wenn ich es richtig verstehe, wird das für das Fusionsprojekt ebenfalls notwendig sein. So verstehe ich auch die schraffierten Zahlen in der Tabelle, auf Seite 4 oben. Was heisst es, wenn der Kanton wider Erwarten, den Status nicht mehr erteilen würde? Passiert da gar nichts oder würde da Nidau mehr bezahlen? Das ist mir nicht klar.

1300 **Stadtratspräsident, Markus Baumann:** Danke Thomas Spycher. Wir hören zuerst Brigitte Deschwanden Inhelder, dann kann Gemeinderat Marc Eyer gleich beide Fragen miteinander beantworten.

1305 **Brigitte Deschwanden Inhelder, SP:** Werte Stadtratsmitglieder. Selbstverständlich unterstütze ich diese Subventionserhöhung für das Kultur Kreuz Nidau. Wir haben in der Fraktion von Marc Eyer diese Zahlen zum Budget und zur Rechnung vom KKN der letzten Jahre erhalten. Vielleicht kann ich da der Bürgerlichen Fraktion noch einige Zahlen liefern, obwohl sie die auch hätten einholen können. Der Vergleich der Rechnung von 2019 zum Jahr 2020 zeigt, beim Bar-Umsatz Mindereinnahmen von 50 000 Franken. Und bei der Vermietung vom Saal eine Reduktion um ganze 40 000 Franken. Das sind die effektiven Zahlen von der Rechnung 2019 und 2020. Das sind 1310 90 000 Franken weniger und das entspricht viel mehr, als jetzt die Subventionserhöhung beträgt. Das sind nur 20 000 Franken. Also sind es 90 000 weniger Einnahmen und nur 20 000 mehr Subventionen. Leander Gabathuler hat es auch gesagt, dass wir hier wirklich ein gutes Angebot für wenig Geld erhalten. Beim Personalaufwand hat das Kultur Kreuz Nidau 46 000 Franken weniger ausgegeben. Dass ein Betrieb so reduzieren kann und dass das Personal so flexibel ist, ist wirklich 1315 nicht selbstverständlich und verdient sehr viel Respekt. Aber die Zahlen und die Corona Situation sind für mich nicht der einzige Grund, um diese Subventionserhöhung zu unterstützen. Viel mehr zählt für mich die Absicht, die Kulturinstitutionen zum Kartell Culturel zu fusionieren. Bis anhin, so liess ich mir sagen, durften die Bieler Institutionen keine Veranstaltungen auf z.B. unserem Expo Gelände organisieren, weil sie das, als von der Stadt Biel subventionierte Institutionen nur 1320 in Biel machen durften, aber nicht im Nidauer Gelände, resp. auf dem AGGLOlac Gelände. Mit der Fusion entsteht auf der Ebene Kultur eine Zusammenarbeit mit Biel. Eine Zusammenarbeit mit Biel ist in naher Zukunft sehr wichtig. Ein Gärtlidenken ist absolut nicht angebracht. Von Seiten Biel wird Nidau, wenn ich auch die Stadtratsdebatte von letzter Woche betrachte, eigentlich eher wie eine kleine Warze behandelt, die man am liebsten implementiert und unterwirft. Ich denke 1325 aber nicht, dass eine Fusion mit Biel der Weg wäre. Der richtige Weg ist eine gute Zusammenarbeit, genauso, wie wir das hier machen. Eine gute Zusammenarbeit auf verschiedenen Ebenen, wie die Absicht in der Kultur eine gemeinsame Institution zu gründen, die dann ein breiteres Angebot erstellen kann. Bieler können dann so Veranstaltungen auf dem AGGLOlac Gebiet durchführen, was für uns, wie für sie eine richtige Win-Win Situation ergibt und die ich mit Herz unterstütze. Nidau kann damit ein Zeichen an Biel senden, dass sie bereit ist, partnerschaftlich zusammen zu arbeiten, wenn ihre Bedürfnisse und Absichten auch wahrgenommen werden. Nidau soll nämlich mit Biel, nach meiner Ansicht, genau solche Gefässe finden, die die beiden Städte in gute und gleichberechtigte Partnerschaft bringen können und nicht in eine Fusion. Dieser Punkt ist für mich ebenso wichtig, dieser Fusion zu zustimmen, wie die nackten Zahlen. Ich bitte Sie, das auch 1330 zu berücksichtigen und zu zustimmen.

Stadtratspräsident, Markus Baumann: Danke Brigitte Deschwanden Inhelder. Ich bitte Gemeinderat Marc Eyer noch die Frage von Stadtrat Thomas Spycher zu beantworten.

1340 **Ressortvorsteher Bildung, Kultur, Sport, Marc Eyer:** Ich werde gerne noch zu zwei Dingen Stellung nehmen. Zuerst zu den Aussagen von Leander Gabathuler, dass man hier einseitig Vereine bevorzugen würde, resp. hier ein Verein im Speziellen. Und auch, was versteckt in den Voten auch herausgekommen ist, dass es hier auch um einen Corona-Rettungsfallschirm gehen würde. Man kann das Ganze auch umdrehen. Der Fall ist hier, dass die Stadt Nidau bei einem Verein eine

1345 Leistung bestellt und auch kauft. Man kann jetzt sagen, dass diese Leistung tatsächlich coronabedingt teurer geworden ist. Und wir als Stadt können uns überlegen, ob wir diese Leistung noch zahlen wollen oder nicht. Man kann genau diesen Standpunkt oder die Situation so darstellen. Bei allen anderen Vereinen bestellen wir keine solche Leistung. Keine Leistung, die wir vertraglich bestellen und abmachen und darum ist es dort auch eine andere Situation. Der zweite Punkt, was

1350 Thomas Spycher gesagt hat, ist so. Der zweite Beschluss würde bedeuten, dass die Stadt Nidau auch in Zukunft, also nach 2023, das heisst in den Jahren 2024-2027, 50 000 Franken Subventionen dem neuen Verbund der drei Veranstaltern einwerfen würde. Das gilt nur unter dem Vorbehalt, dass das neue Konstrukt vom Kanton als subventionswürdig angeschaut wird und die Subventionen entsprechend auch vom Kanton und dem Gemeindeverband gesprochen werden. Nur

1355 unter diesen Bedingungen würde, wenn Sie dem Punkt 2 zustimmen, dies auch in Kraft treten. Wenn das nicht der Fall ist, wenn es der Kanton wider Erwarten ablehnen würde, dieses neue Konstrukt zu subventionieren, dann müssten wir hier mit einem neuen Antrag kommen, bzw. die Situation wäre wieder ganz anders.

1360 **Stadtratspräsident, Markus Baumann:** Danke Gemeinderat Marc Eyer. Gibt es weitere Wortmeldungen? Bitte, Tobias Egger.

Tobias Egger, SP: Ich möchte eine Bemerkung anbringen dazu, dass von einigen Personen mehr Zahlen und Kostentransparenz gefordert wurden. Hier geht es um einen jährlich wiederkehrenden

1365 Kredit von 20 000 Franken. Beim 500-Millionen-Projekt von letzter Woche haben die Forderungen der GPK nach mehr Zahlen offenbar niemanden interessiert und es wurde von der gleichen Ecke des Rates ignoriert. Ich glaube, diese Bemerkung darf ich hier anbringen und davon abgesehen, bitte ich Sie, diesem Geschäft zu zustimmen.

1370 **Stadtratspräsident, Markus Baumann:** Danke Stadtrat Tobias Egger. Wenn es keine weiteren Wortmeldungen gibt, kommen wir zur Abstimmung.

Stadtratsbeschluss

Der Stadtrat von Nidau beschliesst mit Ja 21 / 3 Nein / 6 Enthaltungen, gestützt auf Artikel 28

1375 Absatz 1 und Artikel 54 Absatz 1 Buchstabe a der Stadtordnung:

1. Der Kulturbetrieb des Vereins Kultur Kreuz Nidau wird in den Jahren 2022 und 2023 mit einem jährlichen Kredit von CHF 50 000 unterstützt (Konto 3290.3636.05).
2. Vorbehältlich der Anerkennung des Kartell Culturel durch den Kanton Bern und durch den
- 1380 Gemeindeverband Kulturförderung Biel-Seeland-Berner Jura als Kulturinstitution von regionaler Bedeutung und vorbehältlich der Zustimmung aller Beteiligten zu den Subventionserhöhungen wird das Kartell Culturel für die Leistungsperiode 2024 – 2027 mit einem jährlichen Kredit von CHF 50 000 unterstützt.
3. Mit dem Vollzug wird der Gemeinderat beauftragt. Der Gemeinderat kann diese Kompe-
- 1385 tenz an die zuständige Abteilung delegieren.

11. Aktionsplan Sanierung Schulliegenschaften – Berichterstattung

Ressort
Sitzung

Hochbau
25.03.2021

nid 0.2.2 / 1

- 1390 **Stadtratspräsident, Markus Baumann:** Wir kommen zu Traktandum 11, Aktionsplan Sanierung Schulliegenschaften, Berichterstattung. Der Stadtrat nimmt die Berichterstattung über den Aktionsplan Sanierung Schulliegenschaften zur Kenntnis und schreibt das Postulat P207 Aktionsplan Schulliegenschaften ab. Ich gebe das Wort gerne dem zuständigen Gemeinderat, Kurt Schwab.
- 1395 **Ressortvorsteher Hochbau, Gemeinderat, Kurt Schwab:** Guten Abend in die Nidauer Stube und hier in den Ratssaal in der Sporthalle. Wir geben also Antwort auf das Postulat von Noemi Kallen, welches sie im März 2019 eingegeben hat. Sie konnten lesen, dass die Grundlage von unserer Antwort auf dem Schlussbericht Schulraumplanung inkl. Zustandsanalyse und Erneuerungsstrategie Schulbau der Stadt Nidau basiert sowie der Beurteilung der Energieeffizienz, worin der
- 1400 energetische Zustand der Liegenschaften beurteilt wurde. Dieser Bericht wurde im Januar 2017 vom Stadtrat genehmigt. Mit der Genehmigung wurde auch die Variante gewählt, dass man schwerpunktmässig in der Anlage Beunden und anschliessend im Schulhaus Weiteilen vorgehen will. Sechs Punkte hat Noemi Kallen eingegeben, auf die sie eine Auskunft wünscht und sie möchte mit dem Postulat, nebst dieser Beantwortung, auch bewirken, dass es endlich vorwärts
- 1405 geht mit dieser nötigen Sanierung, was verständlich ist. Auch der Gebäudeversicherung ist es ein Anliegen, dass deren beanstandeten Punkte - Brandschutz, Brandabschnitte - behoben werden. Wir sind mit der Gebäudeversicherung in Kontakt und haben das weitere Vorgehen mit ihnen abgesprochen. Im Weidteile Schulhaus wurde bereits eine Brandmeldeanlage installiert. Ich versuche mich kurz zu halten und fasse meine Antwort zu jedem Punkt zusammen. Die Übersicht der
- 1410 Sanierung, die kann man aus dem Schlussbericht herauslesen, darum gehe ich hier nicht weiter darauf ein.
- Übersicht über die Planungs- und Umsetzungstermine: Die beiden bewilligten Planungskredite, die 2016 vom Gemeinderat bewilligt wurden, sind in der Arbeit für den Neubau etwas untergegangen. Diese Woche hat der Gemeinderat den Planungskredit für die Weidteile erhöht, damit im
- 1415 Detail die Machbarkeit abgeklärt werden kann. Daneben wird bekanntlich in diesem Sommer mit dem Neubau angefangen. Dass der Sanierungsbedarf im Weidteile am grössten ist, darum wird jetzt die Machbarkeitsstudie erstellt, die detailliert aufzeigen soll, was im Schulhaus alles saniert werden muss. Mit dieser Arbeit muss man auch das Verfahren für die Projektierung bestimmen und zur gegebenen Zeit wird im Stadtrat dann ein Projektierungs- und Investitionskredit bean-
- 1420 tragt. Der geplante Fahrplan, gemäss Schlussbericht ist entsprechend überholt und ist der veränderten Situation und dem Bedarf an Sanierungen angepasst worden. Dieser beiliegende Projektplan ist provisorisch und wird laufend auf dessen Umsetzung überprüft, gerade die Finanzierung darf man nicht aus den Augen verlieren.
- Liste der baulichen und sicherheitspolizeilichen Mängel: Auch hier bietet der Schlussbericht eine
- 1425 Übersicht über die Mängel. Es sind keine sicherheitsrelevanten Mängel vorhanden, die unmittelbar angegangen werden müssten. Beim Weidteile und Beunden Schulhaus sind in erster Linie die Erdbeben- und Brandsicherheit aufgelistet. Die Erdbebensicherheit ist nach neuesten Normen nicht mehr gewährleistet. Bezüglich Brandsicherheit, das habe ich schon gesagt, dass im Weidteilen Schulhaus die Brandmeldeanlage installiert wurde. Es wird noch weitere brandsicherheitsrelevante
- 1430 Sachen geben, die man mit der Gesamtsanierung angehen wird. Beim Beunden Alt muss nebst der bemängelten Erdbebensicherheit, wobei die Tragfähigkeit gewährleistet ist, ebenfalls

das Brandkonzept kontrolliert werden. Da entsteht im Verlauf von 2021 ein Konzept, worin alle sicherheitsrelevanten Punkte nach Möglichkeit im ordentlichen Budget bearbeitet werden.

1435 Die zeitliche Einordnung der notwendigen Sanierungsmassnahmen: Man kann immer darüber diskutieren, wie schnell diese Sanierungen angegangen werden könnten, sollten oder müssten. Wir halten uns an die Vorgaben des Stadtrates von 2017, die erste Priorität ist Beunden, die zweite Priorität Weidteile. Dazu auch die finanzielle Vorgabe, darauf komme ich im nächsten Punkt zu sprechen. Mit der Brandmeldeanlage im Weidteile ist dort der Weiterbetrieb sichergestellt und der Ablauf der Sanierung ist im provisorischen Projektplan dargelegt. Erst mit der Machbarkeitsstudie
1440 kann definitiv gesagt werden, was und wieviel gemacht werden muss. Beim Beunden ist der Handlungsspielraum für uns etwas grösser. Einzig das Brandschutzkonzept muss erstellt werden und das zeigt ebenfalls Handlungsbedarf. Für die weiteren Sanierungen wird dort im 2024 eine Machbarkeitsstudie gemacht. Dann noch etwas zum Kindergarten. Was zurzeit ebenfalls ansteht, ist die Planung und allenfalls die Umplatzierung von Kindergartenstandorten. Das sieht man in der
1445 letzten Zeile des Projektplans.

Noch zur Finanzierung: Der Stadtrat hat damals als Rahmen eine durchschnittliche Ausgabe von 5 Millionen Franken für diese Sanierungen gesteckt. Dieser Rahmen versuchen wir einzuhalten. Das zeigt auch der provisorische Projektplan, wo wir diesen Schnitt einhalten können. Dringendes, wie das Meiste eigentlich erfolgte, wird jeweils über das laufende Budget abgewickelt und wenn nötig, mit Nachkrediten finanziert. Investitionen müssen über den ordentlichen Weg den zuständigen Organen unterbreitet werden. Im aktuellen Finanzplan sind diese Zahlen abgebildet und im provisorischen Projektplan haben wir die aktuellen Zahlen zusammengestellt.

1450 Dann noch zur Stellungnahme betreffend die Verantwortlichkeiten bei Unfällen: Stefan Schmid hat zusammen mit Juristen sehr detailliert aufgelistet, wie es sich damit verhält.
1455 Ich gehe hier nicht ins Detail, ausser es bestehen noch Fragen. Wie schon gesagt, werden wir zur gegebenen Zeit die notwendigen Kredite bei den zuständigen Organen beantragen, gemäss dem provisorischen Projektplan. Auch schon erwähnt, hat der Gemeinderat am Dienstag der Erhöhung des Planungskredits für das Weidteile Schulhaus zugestimmt. Aber auch im Beunden Schulhaus werden mit dem vorhandenen Planungskredit erste Richtungen für die kommende Sanierung festgelegt. Bestehen noch Fragen, bin ich gerne bereit, diese zu beantworten.
1460

Stadtratspräsident, Markus Baumann: Vielen Dank Gemeinderat Kurt Schwab. Dann möchte ich das Wort der Postulantin Noemi Kallen geben. Wie allseits bekannt, geht es bei den Postulaten nicht darum einen grossen Vortrag zu halten, sondern die Diskussion zu verlangen, falls es länger werden würde.
1465

Postulantin, Noemi Kallen: Guten Abend, werter Stadtratspräsident, werte Stadtpräsidentin, werte Kolleginnen und Kollegen und Zuschauer zu Hause. Ich möchte nur kurz Stellung nehmen. Vielen Dank für die Beantwortung des Postulats. Ich bin mit 5 Punkten der Beantwortung mehr oder weniger zufrieden. Beim Punkt 5, dem Finanzierungsvorschlag hätte ich mir eine etwas ausführlichere Antwort gewünscht. Zum Beispiel in Form einer Variantenprüfung und nicht einfach einem Dreizeiler. Und es wäre wünschenswert gewesen, dass die 2-jährige Frist zur Beantwortung nicht ausgenützt oder gar überschritten worden wäre. Nichtsdestotrotz stimme ich der Abschreibung des Postulats zu.
1470

1475

Stadtratspräsident, Markus Baumann: Danke Noemi Kallen. Wir kommen zur Abstimmung.

Stadtratsbeschluss

Der Stadtrat von Nidau beschliesst einstimmig, gestützt auf Artikel 34 Absatz 1 und Artikel 35 Absatz 1 der Geschäftsordnung des Stadtrats:

1480

1. Die Berichterstattung über den Aktionsplan Sanierung Schulliegenschaften wird zur Kenntnis genommen.
2. Das Postulat P 207 wird abgeschrieben.

12. Umsetzung Öffentlichkeitsprinzip – Berichterstattung

Ressort
SitzungPräsidentiales
25. März 2021

1485

nid 0.5.0.0 / 1

Stadtratspräsident, Markus Baumann: Wir kommen zu Traktandum 12 - Umsetzung Öffentlichkeitsprinzip. Auch das ist eine Berichterstattung. Der Stadtrat nimmt den vorliegenden Bericht für die Umsetzung des Öffentlichkeitsprinzips zur Kenntnis und schreibt das Postulat Umsetzung Öffentlichkeitsprinzip ab. Ich gebe hier gerne das Wort der Stadtpräsidentin Sandra Hess.

1490

Stadtpräsidentin, Sandra Hess: Werte Anwesende, die Motion von Tobias Egger und 21 Mitunterzeichnenden hat im November 2018 verlangt, dass der Gemeinderat das Öffentlichkeitsprinzip konsequent umsetzt und das auch in einem Reglement festhält. Das Anliegen hat beim Gemeinderat offene Türen eingermannt, also mindestens das Anliegen der konsequenten Umsetzung des Öffentlichkeitsprinzips. Jedoch standen wir dem Vorschlag ein Reglement auszuarbeiten, kritisch gegenüber. Wir haben darum vorgeschlagen, dass der Stadtrat diese Motion als Postulat annimmt und wir in zwei Jahren berichten werden, wie wir es umgesetzt haben. Einerseits wollten wir kein Reglement, weil der Gesetzgeber die Informationspflicht bereits regelt und andererseits wollten wir es nicht, weil der Gemeinderat bereits an einem Konzept arbeitete. Zudem hat er auch in den Legislaturzielen 2018-2021 festgelegt, dass er in Sachen Kommunikation künftig anders auftreten will und dass eben auch konsequenter umsetzen will. Wir haben darum vorgeschlagen, vorerst auf ein Reglement zu verzichten, nach zwei Jahren Bericht zu erstatten, damit Sie dann beurteilen können, ob sich unser Konzept bewährt hat oder ob es seitens Stadtrats weitere Vorgaben braucht. Jetzt sind diese zwei Jahre vorbei und Sie haben selber gemerkt, dass da doch einiges gegangen ist. Sie erhalten einerseits nach jeder Gemeinderatssitzung ein E-Mail mit einem Link auf die Webseite, wo die Medienmitteilung aufgeschaltet ist und die Beschlüsse des Gemeinderats beinhaltet. Und auch sonst informieren wir mit Medienmitteilungen zu aktuellen Themen, wenn das angebracht ist. Diese Medienmitteilungen sind immer auffindbar auf der Webseite der Stadt Nidau, die sieht man auf den ersten Blick unter Aktuelles. Sie werden auch jede Woche im Nidauer Anzeiger publiziert, mindestens dann, wenn dieser wöchentlich erscheint. Auch wenn man auf das Zahlenmaterial schaut, sieht man, dass wir doch unsere Informationstätigkeit massiv hochgefahren haben. Zwischen 2018 und 2020 hat sich die Anzahl der Medienmitteilungen von 16 auf 71 mehr als vervierfacht. Medienmitteilungen sind jedoch aber nur dann möglich, wenn es auch etwas mitzuteilen gibt. Sprich wenn etwas beschlossen oder erledigt wurde, wenn etwas in der Stadt Nidau vor sich geht oder gemacht wird, was eben auch wert ist, dass man es in einer Medienmitteilung mitteilt. Diese Zahlen zeigen aber schon, dass sich das Bewusstsein auf die Öffentlichkeitsarbeit enorm verändert hat. Auch in der Kommunikation an die Bevölkerung ist einiges gegangen, wir haben es vorher gehört, in Zusammenhang mit dem Geschäft vom Spiel-

1495

1500

1505

1510

1515

1520 platz. Wir setzen mehr auf Partizipation, auf Online-Umfragen und Informationsanlässe, mindes-
 tens dann, wenn sie wieder möglich sein werden. Wir sehen doch, dass dies auf ein grosses Inte-
 resse stösst und wir viele Teilnehmende begrüßen dürfen. Auch die Medien reagieren auf unsere
 Medienmitteilungen. Sie sehen es, dass in den Medien oft über Nidau berichtet wird, was sehr er-
 freulich ist. Auch Sie sind seit Kurzem für die Öffentlichkeit besser ansprechbar. Sie haben alle
 1525 nun eine E-Mail Adresse über die Webseite der Stadt Nidau und sind so auch einfacher ansprech-
 bar für die Bevölkerung. Die Webseite ist auch ein gutes Instrument, was rege genutzt wird. Aber
 auch hier darf man natürlich nicht einschlafen und muss dranbleiben und die Webseite wird auch
 in diesem Jahr noch eine Überarbeitung erfahren. Und last but not least, ist die Stadt seit diesem
 Jahr auch auf den gängigen Social-Media-Kanälen aktiv. Das Fazit aus Sicht vom Gemeinderat,
 1530 die Kommunikation hat sich nach Innen und Aussen massiv verbessert, ist heute sehr gut aufge-
 stellt und bewährt sich in der Praxis. Aber selbstverständlich ist es ein Prozess, der nie abge-
 schlossen ist. Diese Entwicklung muss ständig angepasst und weiterentwickelt werden. Wir bitten
 Sie, diesen Bericht zur Kenntnis zu nehmen und dieses Postulat als erfüllt abzuschreiben.

1535 **Stadtratspräsident, Markus Baumann:** Danke Stadtpräsidentin Sandra Hess. Bitte, Tobias Eg-
 ger.

Motionär, Tobias Egger: Ich möchte mich recht herzlich bedanken für die Berichterstattung und
 die Umsetzung. Zeitweise hat man fast das Gefühl, es kommen täglich Medienmitteilungen. Ich
 1540 glaube, der Tatbeweis ist erbracht, dass dies sehr positiv umgesetzt wurde. Sogar mehr, als ich
 es mir erhofft hatte. Dadurch hat sich auch meine Sorge, dass man vielleicht kein Reglement
 wollte, um sich nicht zu verpflichten, als unbegründet erwiesen. Wenn man heute auf Facebook
 schaut, so hat die Stadt Nidau erst 13 Likes. Vielleicht haben wir Ende der Sitzung ein paar mehr,
 das wäre schön, weil es wird tatsächlich gepflegt und das darf man auch sagen. Vielen Dank.

1545 **Stadtratspräsident, Markus Baumann:** Danke Tobias Egger. Dann kommen wir zu Abstim-
 mung.

Stadtratsbeschluss

1550 Der Stadtrat beschliesst einstimmig, gestützt auf Artikel 54 Absatz 2 Buchstabe b der Stadtord-
 nung sowie Artikel 34 Absatz 1 und Artikel 35 Absatz 1 der Geschäftsordnung des Stadtrats:

1. Die Berichterstattung wird zur Kenntnis genommen.
2. Das Postulat «Umsetzung Öffentlichkeitsprinzip» wird abgeschrieben.

1555

13. M 197 Zweckhafte Zwischennutzungen in Nidau

Ressort
Sitzung

Präsidiales
25. März 2021

Stadtratspräsident, Markus Baumann: Wir kommen zu Traktandum 13 - zweckhafte Zwischen-
 1560 nutzung in Nidau. Ich bitte dafür die Stadtpräsidentin Sandra Hess ans Rednerpult.

Stadtpräsidentin, Sandra Hess: Diese Motion verlangt vom Gemeinderat ein Reglement zu ma-
 chen, das die Liegenschaftsbesitzer in die Pflicht nimmt, Räume oder Gelände, die länger als drei
 Monate leer stehen, der Gemeinde zu melden und vertraglich geregelte Zwischennutzungen zur
 Verfügung zu stellen. Die Stadt soll Kontakte vermitteln und sicherstellen und sie soll sich auch

1565 über Gemeindegrenzen hinweg für Zwischennutzungen einsetzen. Die Motion ist mit der Absicht formuliert, dass Zwischennutzungen in Nidau leichter möglich werden. Es wird davon ausgegangen, dass das Bedürfnis nach Zwischennutzungen in Nidau hoch ist, dass es grundsätzlich schwierig ist, diese zu realisieren und dass auch viele Liegenschaften leer stehen und darum von Amtes wegen für eine bessere Ausnutzung des bestehenden Raumes gesorgt werden sollte. Es wird auch

1570 davon ausgegangen, dass die Baubewilligungsbehörden keine oder nur ungenügende Instrumente für die Bewilligung von Zwischennutzungen hat und dass man die mit einem Reglement schaffen könnte. Ich nehme dazu gerne Stellung, weil der Gemeinderat teilt die Ansicht der Motionäre, dass es nicht gut ist, wenn Liegenschaften leer stehen und dass es sicher zum Wohl von allen ist, wenn diese genutzt werden können, bis die Eigentümer ein Bauprojekt haben oder neue Mieter

1575 bzw. Käufer gefunden haben. Darüber hinaus sehen wir die aktuelle Situation aber anders als die Motionäre. Uns sind, bis auf das Expo-Areal, keine langjährigen Probleme mit Leerständen bekannt. Der Blick auf die Leerwohnungs-Ziffer zeigt, dass wir in Nidau überhaupt kein Problem mit Leerwohnungen haben, im Gegenteil, Wohnraum in Nidau ist sehr gesucht und geht meistens unter der Hand weg. Bis auf den Fall Gugger-Haus, der aufgrund von fehlenden Kapazitäten in der

1580 Stadtverwaltung nicht genutzt wurde und nicht, weil es keine Interessenten gegeben hätte, haben wir auch mit stadt eigenen Liegenschaften keine Probleme. Ganz im Gegenteil, gerade die Nutzung von den alten Industriehallen am See zeigt, dass Nidau sehr stark daran interessiert und bereit ist, diese Räumlichkeiten für Zwischennutzungen zur Verfügung zu stellen. Das Projekt Dispo ist zum Beispiel so eine klassische Zwischennutzung. Dort hat man vertraglich geregelt,

1585 dass die Nutzung so lange möglich ist, bis diese Hallen für die Entwicklung des Projekts AGGLOlac abgerissen werden. Auch die Bootsplätze im Winter, die Anhängerplätze im Sommer, die Parkplätze vor den Tennisplätzen oder vor der LagoLodge sind eigentlich Zwischennutzungen. Es sind einfach schon fast seit 20 Jahren so und darum hat man das so eigentlich nicht mehr auf dem Radar. Beim Wort Zwischennutzung kommt einem natürlich unweigerlich das Expo-Areal in den Sinn

1590 und der Druck, dieses Areal für diese Nutzungen zu öffnen ist natürlich seit 20 Jahren hoch und wird jetzt, mit der Ablehnung des Projekts AGGLOlac weiter zunehmen. Aber ich kann Ihnen versichern, dass wir heute schon machen, was möglich ist. Zum Beispiel mit dem LakeLive Festival, der Bar Fair oder anderen Events. Wie Sie wissen, ist Biel Landeigentümerin dieser Branche und Nidau ist die Bewilligungsbehörde, für Bau und für Gastrobewilligung ist das Regierungsstatthalteramt zuständig. Um diese Situation auf dem Expo-Areal einigermaßen klären zu können und

1595 sowohl gegenüber den Gesuchstellenden, als auch den Anwohnenden, klare und transparente Verhältnisse zu schaffen, hat der Gemeinderat letztes Jahr ein Veranstaltungskonzept erarbeitet. Wir haben mit der Stadt Biel einen Leistungsvertrag für das LakeLive abgeschlossen und wir stellen fest, dass sich das beides bewährt hat und heute relativ viel zulässt. In der Motionsbegründung lese ich, dass die Stadt Nidau keine konkreten Vorschriften bzw. keine konkreten Möglichkeiten hat, für die Bewilligungsfähigkeit von Zwischennutzungen. Ich nehme an, dass sich die Motionärin vorstellt, dass Nidau mit einem Reglement definieren könnte, dass für Zwischennutzungen andere Regeln gelten, also für ordentliche und unbefristete Nutzungen. Das ist aber nicht so. Ein Reglement für Zwischennutzungen kann nie die teilbaurechtliche Grundordnung übersteuern.

1605 Das heisst, Sie können in einer Wohnzone nicht etwas zulassen, das den Lärmvorschriften nicht entspricht oder eine andere Nutzung ist, als eine Zonenordnung oder eine Überbauungsordnung regelt. Das Expo-Areal, ich komme gerne wieder darauf zurück, weil es ist ein gutes Beispiel, ist aktuell Wohnzone. Sogar noch mit einer Überbauungsordnung für Wohnen im Alter belegt. Grundsätzlich gilt überall und auch auf dem Expo-Areal, dass alles was länger als drei Monate

1610 steht, ein ordentliches Baubewilligungsverfahren durchlaufen muss. Es muss also zuerst mal zonenkonform sein und dann auch dem Baureglement entsprechen. Ab drei Monaten gelten die gleichen Regeln für alle. Also alle müssen den Energie-, den Umwelt-, den Brandschutzvorschriften

und allen anderen Vorschriften, die es noch zahlreich gibt, standhalten. Egal, ob sie für vier Mo-
nate, vier Jahre oder 40 Jahre erstellt werden. Und auch egal in welcher Zone. Wenn man also
1615 Vorschriften für das Expo-Areal ändern möchte, dann müsste man den Zonenplan, das Bauregle-
ment und die Überbauungsordnung ändern und das sind bekanntlich langwierige Verfahren. Und
nach der Debatte von letzter Woche wissen wir auch, dass da natürlich auch die Meinungen ausei-
nander gehen und dass es doch eine langfristige Geschichte ist. Ich sage das darum, weil es mir
wichtig ist hier festzuhalten, dass ein Reglement für eine Zwischennutzung nichts an den überge-
1620 ordneten Vorschriften ändert und sie insbesondere nicht übersteuern kann. Um noch weiter bei
diesem Areal zu bleiben, gelten rundum bei den Industriehallen andere Vorschriften. Die sind
nämlich aktuell in der Industriezone und da gelten andere Vorschriften, als in der Wohnzone. Dort
darf man zum Beispiel mehr Lärm machen aber man darf nicht dort wohnen. Also auch das
könnte man mit einem Reglement nicht ändern. Das Anliegen der Zwischennutzungen haben wir
1625 aber in der Ortsplanungsrevision aufgenommen. Die, die jetzt noch offen ist und die für das wei-
tere Stadtgebiet und schlagen darum dort vor, dass wir keine Wohn- und Arbeitszonen mehr fest-
legen, sondern nur noch Mischzonen. Mischzone A und B, der Unterschied ist dort einfach, dass
man die Lärmempfindlichkeitsstufe regelt und das ist letztendlich das, was auch den Ausschlag
darüber gibt, ob etwas in ein Wohn- oder eben eher in ein Arbeitsgebiet passt, oder nicht. Wo wir
1630 aber tatsächlich regelmässig Leerstände haben, ist im Stedtli. Diese Leerstände sind aber von
ausen gut sichtbar, Interessierte können sich direkt an die Besitzer wenden. Es ist aber nicht im-
mer klar, wem die Liegenschaften gehören, das stimmt natürlich. Darum schlagen wir vor, dass
man auf der Homepage der Stadt eine Art Leerstandsbörse einrichtet, wo sich die Leerstandsbe-
1635 sitzenden und die Leerstandssuchenden vernetzen können. Das muss aber aus unserer Sicht frei-
willig sein. Wir sind der Ansicht, dass eine gesetzlich vorgegebene Meldepflicht und Vermittlung
von Leerstand in der Stadt Nidau nicht nötig sind. Der Aufwand und Ertrag stehen aus unserer
Sicht in keinem Verhältnis und es ist auch ein unnötiger Eingriff in eine Eigentumsfreiheit, die wir
vom Gemeinderat her ablehnen. Obwohl wir die Vermittlung von Leerraum nicht als Sache der
Verwaltung, sprich auch nicht vom Steuerzahler, machen wir aber gerne das Angebot einer Inter-
1640 net Leerstandsbörse, wie ich es vorhin gesagt habe. Aber alles was darüber hinaus geht, lehnen
wir ab. Darum beantragen wir Ihnen auch die Ablehnung der Motion.

Stadtratspräsident, Markus Baumann: Danke der Stadtpräsidentin Sandra Hess. Ich gebe das
1645 Wort der Motionärin Noemi Kallen.

Motionärin, Noemi Kallen: Ich möchte hier gerne eine etwas längere Stellungnahme abgeben
und der Stadtratspräsident hat mich informiert, dass acht Personen zu einer Diskussion zustim-
men müssen.

Stadtratspräsident, Markus Baumann: Ich mache es gerade kurz und bündig, wer dieser Dis-
1650 kussion zustimmen will, soll sich erheben. Gut, Noemi Kallen darf wieder vortreten.

Motionärin, Noemi Kallen: Vielen Dank dafür, dass ich Stellung nehmen darf. Vor einer Woche
sind wir hier zusammengekommen und haben über ein sogenanntes Generationenprojekt bera-
1655 ten, aber bereits beim ersten Traktandum festgestellt, dass das Projekt in der vorliegenden Form
weder in Biel, noch in Nidau keine Mehrheit finden konnte. Bei einem Punkt waren sich aber viele
einig, es muss jetzt etwas gehen. Eine Forderung aus den Parlamenten aber auch aus der Bevöl-
kerung für die Nutzung dieses Geländes, ist also da. Im September letzten Jahres ist der Gemein-
derat mit der Sanierung vom Gugger-Haus auf uns zugekommen. Das Haus ist seit 2013 im Be-
1660 sitz von Nidau und stand mehrere Jahre lang leer. Wir haben schon vorher darüber diskutiert,

diese Sanierung ist nicht unumstritten. Durch diesen Leerstand sind enorme Folgekosten entstanden. Genau bei Liegenschaften wie bei dieser, hat die Stadt Nidau einfach eine Chance verpasst und dafür gibt es auch keine Ausreden. Das JANU hat einen neuen Standort gesucht, die Sozialen Dienste wurden in die maroden Räumlichkeiten vom JANU ausgelagert, die Verwaltung platzt aus allen Nähten und im November 2020 haben wir einen Kredit für den Dachausbau im Verwaltungsgebäude gesprochen. Diese Beispiele zeigen, dass mit dem nötigen Willen, eine kontinuierliche Nutzung vom Gugger-Haus auf jeden Fall möglich gewesen wäre. 2015 hat die Stadt Nidau die Liegenschaften an der Schlosstrasse 13 und 15 erworben, also die Alpha-Halle und das Alpha-Gebäude. Im November 2020 wurden wir im Zug vom Geschäft der Teilsanierung von beiden Liegenschaften darüber informiert, dass bei der Schlosstrasse 15 noch keine Klarheit über die künftige Nutzung der Restflächen besteht. Die Liegenschaft an der Schlosstrasse 13 wird im Verlauf von 2021 für neue Mieter frei, also Alpha zieht aus dieser Liegenschaft an ihren neuen Standort in Grenchen. Für diese Liegenschaften und alle anderen Liegenschaften im Besitz der Stadt Nidau, wäre es wünschenswert, wenn ihnen das Schicksal vom Gugger-Haus erspart bleiben könnte. Ein Reglement für die Zwischennutzung schafft erstens eine rechtliche Grundlage und zweitens fördert es die Vereinbarkeit mit den Anwohnern. Vielleicht habe ich mich getäuscht und die Lage etwas falsch eingeschätzt, dass so ein Reglement in Nidau für private Eigentümer notwendig sei. Mein kleiner Exkurs hat vorhin gezeigt, dass es vor allem die Stadt Nidau ist, die vielleicht den nötigen Anstoss braucht, um ihre Liegenschaften kontinuierlich vermieten und unterhalten zu können. Aus diesem Grund stelle ich nachher einen Änderungsantrag zum Beschlussentwurf, worin private Eigentümer wegfallen werden.

Stadtratspräsident, Markus Baumann: Bitte Stadtrat Thomas Spycher.

Thomas Spycher, FDP: Liebe Kollegen, ich glaube, es ist nicht zulässig, eine eingereichte Motion nachträglich abzuändern. Ich bin der Meinung, dass Sie diese zurückziehen und neu einreichen müssen.

Stadtratspräsident, Markus Baumann: Bitte, Tobias Egger.

Tobias Egger, SP: Lieber Thomas Spycher, darauf nehme ich gerne Stellung. In Artikel 46, Absatz 3 der Geschäftsordnung des Stadtrats steht, dass jedes Ratsmitglied berechtigt ist, Änderungen, Zusätze oder Streichungen bei Reglements- oder Beschlussentwürfen zu beantragen. Sie sind der Stadtratspräsidentin oder dem Stadtratspräsident in der Regel schriftlich einzureichen. Genau das ist passiert, sie wurden schriftlich eingereicht. Natürlich deckt das jetzt nicht genau diesen Fall ab, aber wir sind hier der Stadtrat und somit das Organ, das seine Geschäftsordnung selber erlässt und sind auch dazu berechtigt, die Auslegung dieser Geschäftsordnung zu beschliessen. Und soweit ich weiss, wäre es doch schon sehr eigenartig, das jetzt verbieten zu wollen, da immerhin ein sehr enger Zusammenhang besteht zwischen dem Änderungsantrag vom Beschlussentwurf und der Motion selber. Und immerhin kommen die Motionäre mit dieser Änderung den Anliegen oder Kritikpunkten vom Gemeinderat sehr entgegen.

Stadtratspräsident, Markus Baumann: Danke Tobias Egger. Es ist richtig, dass wir das anfangs Stadtratssitzung diskutiert haben und darum auch etwas verspätet angefangen haben. Es ist so, dass die drei Punkte, die als Änderungsantrag auf dem Tisch liegen, weder Erweiterungen noch sonst welche Zusätze sind, sondern mit der Motion zu tun haben. Darum kann der Änderungsantrag behandelt werden. Ich möchte hier nahelegen, dass wir im Stadtrat eine Abstim-

1710 mung machen, ob es zu diesem Änderungsantrag kommt. Wenn es eine Mehrheit gibt, dann werden wir den Änderungsantrag vortragen und wenn es zu keiner Mehrheit kommt, würden wir zur ordentlichen Abstimmung kommen. Ich bitte Sandra Hess ans Rednerpult.

1715 **Stadtpräsidentin, Sandra Hess:** Werter Stadtratspräsident, ich erlaube mir schnell eine Bemerkung betreffend dem, was Tobias Egger gerade gesagt hat. Es wurde der Artikel 46, Absatz 3 zitiert. Das ist absolut richtig, dass jedes Ratsmitglied einen Antrag stellen kann, einen Beschlussentwurf abzuändern. Ich aber bin der Meinung, dass hier gar kein Beschlussentwurf vorliegt. Wir haben eine Motion, die der Gemeinderat zur Ablehnung beantragt. Aber es gibt keinen Beschlussentwurf. Es ist anders bei Kreditgeschäften, bei Reglementen oder anderen Vorlagen, wo ein Beschlussentwurf mit einem oder mehreren Punkten kommt. Dort kann man Anträge stellen aber ich bin der Meinung, dass man eine Motion nur entweder annehmen oder ablehnen kann. Es ist
1720 aber kein Beschlussentwurf. Ich möchte mich hier aber nicht auf eine juristische Debatte einlassen, sondern möchte einfach die Sicht des Gemeinderats zu diesem Punkt darlegen.

Stadtratspräsident, Markus Baumann: Wir machen einen kurzen Sitzungsunterbruch, um uns zur Beratung zurück zu ziehen und machen dann weiter.

1725

[Sitzungsunterbruch 10 Minuten]

Es ist schon zu fortgeschrittener Stunde und ich bitte darum, dass wir diesen Ratsbetrieb noch bis zum Schluss durchführen können. Es bleiben nicht mehr viele Traktanden. Wir haben uns mit den
1730 Fraktionspräsidien abgesprochen. Mein vorgeschlagenes Vorgehen möchten wir so gerne durchführen. Wir machen eine Abstimmung, ob man den Änderungsantrag auf das Tapet bringen will, oder nicht. Wenn wir eine Mehrheit haben, dann stimmen wir über den Änderungsantrag ab und wenn nicht, dann vergessen wir ihn und stimmen dann darüber ab, ob die Motion abgeschrieben wird, oder nicht. Ich hoffe, dass wir da eine Lösung gefunden haben, die die meisten verstehen
1735 können.

Die Behandlung des Änderungsantrags wird mit 17 Gegenstimmen abgelehnt. Wir gelangen zur Abstimmung über die vorliegende Motion.

Stadtratsbeschluss

1740 Ablehnung mit 14 Nein / 6 Ja / 10 Enthaltungen

14. M 198 Überparteiliche Motion Flüchtlingslager Moria: Nidau muss handeln!

Ressort
Sitzung

Präsidiales
25. März 2021

nid 0.1.6.2 / 4.7

1745 **Stadtratspräsident, Markus Baumann:** Wir gelangen zu Traktandum 14 - überparteiliche Motion Flüchtlingslager Moria. Ich bitte die Stadtpräsidentin Sandra Hess ans Rednerpult.

1750 **Stadtpräsidentin, Sandra Hess:** Diese Motion befasst sich mit einem sehr traurigen und sehr emotionalen Thema. Aber bevor ich inhaltlich darauf eingehe, möchte ich das Ganze noch kurz formell einordnen. Es handelt sich bei diesem Vorstoss um eine Richtlinienmotion, weil die Zusammenarbeit mit anderen Gemeinden, Kanton und Bund Aufgabe des Gemeinderats ist. Die

Richtlinienmotion ist eine Willensbekundung und eine Richtungsweisung des Stadtrats an den Gemeinderat, wie er handeln soll aber es ist kein verpflichtender Auftrag. Das zum Formellen.

1755 Jetzt komme ich zum Inhalt der Motion. Der Gemeinderat wird beauftragt, sich beim Bund für die Aufnahme von Flüchtenden aus Moria einzusetzen und selber auch Flüchtende aufzunehmen. Der Gemeinderat hat grosses Verständnis für diese Forderung. Wenn man die Bilder in den Medien sieht, dann ist es einfach nur schrecklich und man möchte auf jeden Fall etwas dagegen machen. Ich glaube, so geht es uns allen, und das nicht nur bei den Bildern aus Moria, sondern ist auch sonst schwer zu ertragen. Die Kompetenzen für die Aussenpolitik und die Zusammenarbeit mit
1760 Drittstaaten, liegt vollumfänglich beim Bund. Die Asyl- und Flüchtlingspolitik liegt beim Bund und bei den Kantonen. Direktaufnahme von Flüchtenden durch die Gemeinden ist nicht möglich. Die Gemeinden können einzig beim Kanton auf den Verteilschlüssel einwirken und beantragen, dass sie mehr Flüchtende in ihrer Gemeinde aufnehmen, als ihr zugewiesen wurden. So kommt es, dass ein emotionales Thema auf eine rein rechtliche Angelegenheit reduziert wird. Der Gemeinderat hat aber grosses Verständnis für dieses Anliegen und teilt die Besorgnis der Motionäre. Selbstverständlich stehen auch wir hinter der humanitären Tradition der Schweiz und wir begrüssen das zivilgesellschaftliche Engagement als Aufruf in der humanitären Tradition der Schweiz zu handeln. Gleichzeitig respektieren wir aber auch die geltende Zuständigkeitsordnung. Es ist in unseren Augen wichtig und sinnvoll, dass die Aufnahme von Flüchtlingen über ein ordentliches Verfahren von
1770 Bund und Kanton erfolgt. Und es ist auch wichtig, dass die Betreuungsarbeit anschliessend durch regional spezialisierte Partner erfolgt, die sowohl über das Fachwissen als auch die Strukturen verfügen. Auf kommunaler Ebene hätten wir diese Möglichkeiten nicht. Mit dem Kanton eine zusätzliche Aufnahme von Flüchtlingen auszuhandeln, würden wir im Bezug auf die Bevölkerungsstruktur und die überdurchschnittlich hohe Sozialhilfequote, die wir in Nidau haben, als nicht opportun erachten. Nidau darf heute von sich behaupten, dass wir in den Schulen, in den familienergänzenden Betreuungsstrukturen, in der Jugendarbeit, Integrationsarbeit sowie den sozialen
1775 Diensten, einen grossen Effort zur sozialen Integration leisten. Man darf hier sagen, dass wir sehr gute Arbeit machen und die Nidauer und Nidauerinnen auch dahinterstehen und bereit sind, diese Arbeit zu finanzieren. Abschliessend möchte ich Sie darauf aufmerksam machen, dass es den interessierten Privatpersonen jederzeit offensteht, einen zusätzlichen Beitrag zu leisten, z.B. im Rahmen von Gastfamilienprojekte oder auch als Freiwillige beim Schweizerischen Roten Kreuz. Aus den genannten Gründen, beantragt der Gemeinderat allerdings die Ablehnung dieser Motion.

1785 **Stadtratspräsident, Markus Baumann:** Danke der Stadtpräsidentin Sandra Hess. Ich bitte Michael Rubin für die Motionäre nach vorne.

Motionär, Michael Rubin: Auch ich möchte hier die Diskussion und bitte acht Ratsmitglieder aufzustehen. Ich verspreche, es gibt keinen Änderungsantrag, sondern nur eine längere Stellungnahme.

1790

Stadtratspräsident, Markus Baumann: Wer diesem Antrag Folge leisten möchte und die Diskussion unterstützt, bitte ich aufzustehen. Die acht Personen sind erreicht, ich übergebe das Wort an Michael Rubin.

1795 **Motionär, Michael Rubin:** Ich danke dem Gemeinderat für die ausführliche Antwort auf unseren Vorstoss. Ich kann die Antwort nachvollziehen, teile aber die Schlüsse, die daraus gezogen wurden, nicht. Es ist ein Trauerspiel. Wer die SRF Rundschau vom 10. März 2021 gesehen hat, wurde mit der Aussage vom SEM Direktor, Mario Gattiker konfrontiert, dass die Zustände im neuen Lager viel besser seien. Wenn man die im selben Beitrag gesendeten Bilder sieht, dann kann man

1800 sich schlichtweg nicht vorstellen, wie es denn im alten Lager ausgesehen hat. Auch im neuen Lager stehen die Zelte bei Regen knietief im Wasser, die Fäkalien werden aus dem Sanitärbereich ins ganze Lager gespült, Kinder spielen im ganzen Schlamassel. Was das bedeutet, muss ich wohl hier nicht erklären. Ich verzichte auf weitere Details, es wurde bereits erwähnt, es ist schlichtweg nichts anderes als unmenschlich und nicht hinnehmbar. Der Bund brüstet sich mit der Soforthilfe von 1 Million Franken zum Wiederaufbau vom Camp auf Lesbos und mit der Aufnahme von 20 unbegleiteten Jugendlichen. Ich erlaube mir hier einen kurzen Vergleich. Im Jahr 2020 hat die Schweiz Kriegsmaterial exportiert, je nach Quelle in der Höhe von 690 bis 900 Millionen Franken. Unter anderem in Staaten, in denen systematisch Menschenrechte verletzt werden oder die aktiv an Kriegshandlungen teilnehmen. Mir ist bewusst, dass die Gemeinde Nidau diese humanitäre Katastrophe nicht lösen kann und mir ist auch der sehr eingeschränkte Handlungsspielraum bewusst. Ich weiss, dass wir nicht einfach alle Menschen hier aufnehmen können. Ich kenne auch die Herausforderungen einer erfolgreichen Integration sehr gut. Aufgrund von eigenen beruflichen Erfahrungen bei ersten Versuchen von minderjährigen Asylsuchenden in der Schweizer Arbeitswelt, weiss ich sehr genau, wie gewaltig diese Herausforderungen für alle Beteiligten sind. Und ich weiss auch aus eigener Erfahrung, dass nicht jede Integration gelingt. Aber ich erlebe in meinem Alltag, dass viele gelingen. Ein bisschen mehr Optimismus diesbezüglich würde nicht schaden. Ich bin überzeugt, dass das momentane Nichtstun und das Abwarten schlussendlich mehr kosten wird. Je länger Menschen in solch unwürdigen Zuständen ausharren müssen, ich erinnere gerne nochmal daran, dass es sich alleine in Lesbos um 4000 Kinder und Jugendliche handelt, desto gigantischer wird der Effort zum Schaffen einer Perspektive und für ein Leben in Würde. Ich kann verstehen, dass man die Richtlinienmotion wegen Nichtzuständig-sein ablehnen will. Und trotzdem plädiere ich für eine Annahme der Richtlinienmotion, um dem Gemeinderat die Möglichkeit oder im beschränkten Sinn, den Auftrag zu geben, via Städte- oder Gemeindeverbund - wie das auch schon viele andere Städte gemacht haben - den Druck auf den Bundesrat und das SEM zu erhöhen. Damit endlich und in erster Linie unbegleitete Kinder und Jugendliche aus diesen unannehmbaren Zuständen evakuiert werden. Es geht um einen symbolischen Akt der Menschlichkeit und ich zähle auf Ihre Unterstützung.

1830 **Stadtratspräsident, Markus Baumann:** Danke Michael Rubin. Ich erteile das Wort Stadtrat Paul Blösch, bitte.

1835 **Paul Blösch, EVP:** Zu dieser unhaltbaren Situation im Flüchtlingslager Moria oder im neuen Lager, bin ich hin- und hergerissen. Zum einen bin ich der Ansicht, dass wir uns als Parlament von Nidau grundsätzlich um die Anliegen von unserer Gemeinde zu kümmern haben und nicht um die Probleme der Eidgenossenschaft oder von Europa oder gar der Welt. Auf der anderen Seite bin ich von dieser katastrophalen Lage in diesem Flüchtlingslager stark berührt, wo so viele Menschen schon so lange auf bessere Zeiten warten. Der Gemeinderat legt in seiner Antwort dar, dass unsere Gemeinde in Sachen Soziales Engagement schon jetzt sehr viel Gutes und Wertvolles leistet. Das sehe ich auch so. Trotzdem finde ich die Schlussfolgerung des Gemeinderats und seiner etwas halbherzigen Empfehlungen an interessierte Privatpersonen, eher enttäuschend. Ich hätte mir konkretere und verbindlichere Vorschläge gewünscht, z.B. dass unsere Gemeinde Gastfamilien unterstützt, die bereit sind besonders verletzte Personen aufzunehmen - ich denke an unbegleitete Minderjährige, oder Familien mit Kindern - und ihnen auch finanziell zu helfen, diese Arbeit zu machen. Darum mache ich beliebt, dass wir an dieser Richtlinienmotion festhalten und sie unterstützen und somit dem Gemeinderat die Chance geben, kreativ und phantasievoll darauf zu reagieren.

Stadtratspräsident, Markus Baumann: Danke Paul Blösch. Gibt es weitere Wortmeldungen? Das scheint nicht der Fall zu sein. Wir kommen zur Abstimmung.

1850 **Stadtratsbeschluss**

Annahme als Richtlinienmotion mit 16 Ja / 14 Nein.

15. I 132 Auswahlkriterien für Begleitgruppen und Delegationen

Ressort Sitzung	Präsidentiales 25. März 2021
--------------------	---------------------------------

nid 0.1.6.2 / 4.6

1855

Stadtratspräsident, Markus Baumann: Es geht langsam dem Ende zu. Wir kommen noch zu den Interpellationen, Traktandum 15. Ich bitte Stadtrat Oliver Grob nach vorne.

Interpellant, Oliver Grob: Besten Dank für die Beantwortung der Fragen betreffend Begleitgruppen und auch für die Bereitstellung der Informationen, damit sie jetzt auf der Webseite besser ersichtlich sind. Das ist super, vielen Dank. Was mir noch ein kleiner Stein des Anstosses ist, betrifft die Zusammensetzung der Delegation für das nachhaltige Nidau und generell auch bei anderen Arbeitsgruppen. Ich habe etwas den Eindruck, dass die bürgerlichen Vertreter tendenziell etwas untervertreten sind, bzw. die bürgerlichen Gruppierungen. Dazu habe ich aber sonst nichts mehr zu sagen.

1865

Stadtratspräsident, Markus Baumann: Danke, Oliver Grob. Wünscht sonst noch jemand das Wort? Da es nur zur Kenntnisnahme ist, kommt es auch zu keiner Abstimmung. Traktandum 15 ist somit geschlossen.

1870

16. I 133 Tag des Lichts und Folgekontrollen

Ressort Sitzung	Sicherheit 25.03.2021
--------------------	--------------------------

nid 0.1.6.2 / 4.12

Stadtratspräsident, Markus Baumann: Wir kommen zu Traktandum 16 - Tag des Lichts und Folgekontrollen. Ich bitte Oliver Grob nach vorne.

1875

Interpellant, Oliver Grob: Auch hier, besten Dank dem Gemeinderat für die Antwort. Leider sehe ich immer noch jeden Tag unzählige Velos, die ohne Licht durch den Beundenring oder von Ipsach her durch Nidau fahren. Vielleicht könnte man sich mal beim BfU für eine Kampagne stark machen, die sich diesem Thema annimmt, damit man da noch etwas mehr Awareness hinbringen könnte. Gespannt bin ich auch im Hinblick auf die Anstoss-Regelung in diesem Quartier, ob dann dort die Verkehrskontrollen auch so euphorisch vorgenommen werden, wie beim Licht.

1880

Stadtratspräsident, Markus Baumann: Danke Oliver Grob. Als Ergänzung noch zur Interpellation, hier kann der Interpellant oder die Interpellantin erklären, ob er oder sie mit der Auskunft zufrieden ist, oder nicht. Für weitere Ausführungen wäre die Diskussion zu verlangen.

1885

17. Verkehrssituation Hauptstrasse bei Veranstaltungen

Ressort
Sitzung

Sicherheit
25.03.2021

1890

Stadtratspräsident, Markus Baumann: Wir kommen zu Traktandum 17. Auch hier bitte Oliver Grob.

1895

Interpellant, Oliver Grob: Auch hier nochmal, besten Dank für die Antworten. Ich habe zwei Sätze, ich weiss nicht, ob dafür die Diskussion benötigt wird. Wie gesagt, danke für die Antworten. Ich hoffe einfach, dass wenn es wieder mal ein Festli geben sollte im Stedtli, dass es zu keinem Kollaps kommt. Und ich habe die Befürchtung, dass die verkehrsberuhigenden Massnahmen, die getroffen wurden, zu massiven Rückstaus führen werden und die baulichen Massnahmen zu entsprechend gefährlichen Situationen für die Verkehrsteilnehmer führen könnten.

1900

Stadtratspräsident, Markus Baumann: Danke Oliver Grob. Somit können wir auch das Traktandum 17 schliessen und kommen noch zum letzten Traktandum - Einbürgerungskriterien und Handlungsspielraum für Gemeinden. Bitte Roland Rutishauser, ich bitte auch hier zu sagen, ob die Antwort zufriedenstellend ist oder nicht.

1905

18. Einbürgerungskriterien und Handlungsspielraum für Gemeinden

Ressort
Sitzung

Sicherheit
25.03.2021

1910

Roland Rutishauser, SVP: Ich möchte dem Gemeinderat für die ausführliche Darlegung und den Bericht danke und nehme den zur Kenntnis.

Stadtratspräsident, Markus Baumann: Vielen Dank. Damit sind wir mit den ordentlichen Traktanden durch.

1915

Einfache Anfragen

Stadtratspräsident, Markus Baumann: Gibt es einfache Anfragen aus der Ratsmitte? Bitte, Oliver Grob.

1920

Oliver Grob, SVP: Ich habe nur eine kleine Anfrage und zwar ist diese Woche, gestern oder vorgestern, ein kleiner Bagger durch Nidau gefahren und hat sämtliche Laternenpfähle mit seinem Greifarm berührt oder gestreift. Ich möchte gerne wissen, welche Massnahme das war und aus welchem Grund das durchgeführt wurde, falls das jemand beantworten kann.

1925

Stadtratspräsident, Markus Baumann: Ist der Gemeinderat darüber informiert? Bitte Philippe Messerli, der darüber Bescheid weiss.

Ressortvorsteher Tiefbau und Umwelt, Philippe Messerli: Ein humoristischer Abschluss: Man hat die Sockel der Leuchten geprüft.

1930

Stadtratspräsident, Markus Baumann: Danke Gemeinderat Philippe Messerli. Gibt es weitere einfache Anfragen? Dem ist nicht so.

1935 Noch eine kurze Information des Ratsbüros. Da aufgrund der aktuellen Situation die Vorstösse nur elektronisch eingereicht werden, haben wir uns dazu entscheiden - das habe ich bereits an der letzten Sitzung kommuniziert, es geht um die Transparenz - dass die Mitglieder des Stadtrates in Zukunft auch per Mail informiert werden, wenn neue Vorstösse hochgeladen werden. Somit sind Sie jederzeit up-to-date.

1940 Ich bedanke mich für die konstruktive Sitzung, vor allem wieder bei unserer Reinigungskraft, Emilia Boboc, beim Hauswart, Michel Mathys für die Zurverfügungstellung der ganzen Infrastruktur und deren Aufbau, sowie bei der Technik, Frederik Leyvraz und der Équipe de l'éclipse. Kommen Sie gut nach Hause, ich wünsche Ihnen eine gute Zeit, bleiben Sie gesund. Wir sehen uns nächste Woche nicht wieder, es reicht, wenn wir die nächste Stadtratssitzung im Juni abhalten. Ich bitte Sie, gestaffelt heraus zu gehen. Es beginnt die rechte Seite, dann folgt der Gemeinderat und dann die linke Seite. Damit ist die Sitzung offiziell geschlossen.

1945

NAMENS DES STADTRATES

Die Präsidentin

Der Sekretär

Die Protokollführerin